

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganjährlig 192.—

Rücksendung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich (1926)

6. Jahrgang.

Dienstag, 29. Juni 1926.

Nr. 151.

Eine Mahnung Masaryks.

Die verfassungsmäßigen Rechte des Staatspräsidenten sind in demokratischem Sinne geregelt und dementsprechend keine sehr weitreichenden. Sie beschränken sich im wesentlichen auf repräsentative Aufgaben. Wenn der Präsident auf die Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Einfluß nehmen will, so kann er dies eigentlich nur in der Form der Ausnützung der jedem Staatsbürger zustehenden freien Meinungsäußerung tun. Bei einer starken Persönlichkeit wie Masaryk, ist es begreiflich, daß er während seiner Präsidentschaft öfters von diesem Rechte Gebrauch gemacht hat. Er war dabei in seinem Volke allerdings lange Zeit ein Ruffahrer in der Wüste. Undvorgekommene Anerkennung muß anerkennen, daß Masaryk — einer unter wenigen — seinen Idealen und Überzeugungen treu geblieben ist. Ein großer Teil des tschechischen Volkes und seiner politischen Parteien ist, von der nationalen Hypnose erfaßt, Stimmungen unterlegen, die ihn von den Grundfragen der nationalen und politischen Gerechtigkeit und Freiheit, denen das ganze tschechische Volk einst folgte, fernab geführt haben. Masaryk hat wiederholt den Mut gehabt, diesen Strömungen gegenüber die Stimme der ruhigen Vernunft zu erheben, ohne daß man sagen könnte, er habe damit seiner Popularität geschadet. Seine überpatriotischen politischen und persönlichen Widerfacher haben jede seiner Mahnungen geradezu mit Hohnausbrüchen beantwortet. Masaryk hat, vielleicht nicht zuletzt aus diesem Grunde, in letzter Zeit sich politisch zurückgezogen.

Dieser Tage hat der Präsident sich gegenüber einem Redakteur des Prager Legionärblattes über aktuelle innerpolitische Tagesfragen geäußert. Vieles hat sich zugetragen, seitdem er das letzte Mal zur Öffentlichkeit gesprochen hat: eine politische Krise ist der andern gefolgt, das Parlament ist aufgelöst und ein neues, anders zusammengesetzt, ist gewählt worden, die all-nationale Koalition ist unter heftigen Krämpfen gestorben, die tschechische Bourgeoisie hat sich jactiert, hat alle Anstrengungen gemacht, um künstlich eine Bewegung ins Leben zu rufen, welche der demokratischen Rechtsordnung des Staates den Garauß bereiten soll, der tschechische Nationalismus hat die Aenderung der Wahlordnung im Sinne einer Verschlechterung des Wahlrechtes zur Stützung seiner Vorherrschaft propagiert und manches andere. In diesen fieberhaft erregten Zeiten haben die neuen Tendenzen, die nach Oberwasser rangen, auch zu manchen Angriffen gegen die Person des Präsidenten und gegen die sogenannte Politik der Burg geführt, die sich in der hinter dem Protektorat der tschechischen Nationaldemokratie stehenden faschistischen Presse zu einem wahren Hagelschauer von offenen und geheimen Invektiven verdichteten, ohne daß Masaryk jemals dazu persönlich Stellung genommen hätte. Auch jetzt geht er an diesen Gehässigkeiten vornehm vorüber und beschränkt sich darauf, zu den politischen Erscheinungen seine Meinung zu sagen.

In der tschechischen Öffentlichkeit wird öfters von einer Krise der Demokratie und des Parlamentarismus gesprochen und die deutsch-bürgerliche Politik plappert in altererbter Feindseligkeit gegen den demokratischen Parlamentarismus das Schlagwort eifrig nach. „Es gibt keine Krise der Demokratie oder des Parlamentarismus“, sagt nun der Präsident, „es gibt nur eine Krise der Parteien.“ Er verkündet damit keine neue Wahrheit, aber daß er diese Tatsache ausspricht, macht sie bedeutsam, wie auch alles übrige, was er sagte, obwohl es von anderen und nicht zuletzt von uns, schon zahllose Male gesagt wurde. Die tschechischen Parteien und die tschechische Politik vermögen sich in den neuen Zustand der Dinge, in die vollständig geänderten nationalen und staatlichen Verhältnisse nicht hineinzufinden, ihre Einstellung ist noch immer dieselbe, wie sie zur Zeit war, da das tschechische Volk um seine nationale Unabhängigkeit und Befreiung kämpfte. Es wäre Kurzsichtigkeit, glauben zu

Regierungsterror gegen die englischen Bergarbeiter.

Die Verlängerung der Arbeitszeit auf den Gruben soll im Gesetzeswege eingeführt werden. — Einstellung der Sicherungsarbeiten?

London, 28. Juni. Heute beginnt das Unterhaus mit der zweiten Lesung des Gesetzes über die achttündige Arbeitszeit in den Gruben. Der ganze Montag und der Dienstag werden dieser Debatte gewidmet sein. Zur Abstimmung wird es Dienstag abends kommen.

Die Regierungskreise erwarten, daß die Regierungsvorlage noch in dieser Woche zum Gesetz erhoben werden wird und daß die Arbeiter zur Arbeit zurückzukehren beginnen werden. Der Minister des Innern P. A. S. erklärte, daß ihnen voller Schutz zuteil werden wird. An einigen Orten beabsichtigen die Grubenbesitzer, bei einer Verlängerung der Arbeitszeit die bisherigen Löhne in Geltung zu belassen.

Die Bergarbeiter-Exekutive tritt morgen zu-

sammen und wird wahrscheinlich nach einer Andeutung des Sekretärs Cool über die Abberufung der Mannschaften von den Sicherungsarbeiten beraten. Den Blättern zufolge weisen alle Anzeichen darauf, daß sich beide Parteien auf einen langen Kampf vorbereiten.

London, 28. Juni. (Reuter.) Im Unterhaus erklärte S. Mailland bei der Vorlage des Kohlegesetzes, daß es sich um ein provisorisches Gesetz handle, das durch die Tatsachen, die überzeugend seien und denen man sich nicht entziehen könne, ausgezungen worden sei.

Die Labourparty leistet erbitterten Widerstand.

Produktive Arbeitslosenfürsorge in Deutschland.

Auf sozialdemokratische Anregung

Berlin, 28. Juni. (Eigenbericht.) Das Plenum des Reichstages hat in seiner heutigen Sitzung einen Beschluß des volkswirtschaftlichen Ausschusses zugestimmt, wonach zur Behebung des Erwerbslosenleidens ein großzügiges Wirtschaftsprogramm aufgestellt werden soll. Das Programm umfaßt u. a. den Ausbau des Strahnenetzes im ganzen Reich, um der neuzeitlichen Verkehrsentwicklung gerecht zu werden, ferner sollen Debländflächen, die rund drei Millionen Hektar ausmachen, kultiviert und besiedelt werden. Auch die Kanalisierung von Strömen und der Ausbau von Kanälen soll in Angriff genommen und Stauanlagen und Schutzdämme gegen Hochwasser angelegt werden. Einen weiteren Programmpunkt bilden die Ausnützung von Wasserkraften, die Elektrifizierung der Eisenbahnen und eine großzügige Förderung des Wohnungsbaues. Zur Finanzierung all dieser Maßnahmen soll, soweit die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge nicht reichen, Anleihen ausgenommen werden.

Dieses Programm, das auf die Anregungen der Sozialdemokraten zurückgeht, ist im Ausschuß einstimmig angenommen worden.

wollen, diese Mentalität habe sich geändert, weil sich die tschechisch-bürgerlichen Parteien mit den Deutschbürgerlichen zur Durchsetzung materiell und sozial reaktionärer Wünsche zusammengeschlossen haben. Die Aenderung dieser geistigen und gefühlmäßigen Einstellung ist ein langandauernder Prozeß, und die Probleme die der Lösung harren, werden durch die neue Koalition nicht bereinigt werden. Masaryk hat auch diesmal mit dankenswerter Offenheit das Problem der deutschen Minderheit als das wichtigste politische Problem erklärt und er hat den Mut, einzugestehen, daß sich „die tschechische Nation und der tschechoslowakische Staat nicht decken“, da in ihm auch starke nationale Minderheiten leben. Er hält es daher als eine Pflicht jener, die den Staat leiten, dieses Problem zu lösen. Es könne nicht gelöst werden durch Diktatur, noch auch durch eine Wahlrechtsverschlechterung, denn eine Aenderung der Wahlordnung würde nichts an der nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Gliederung der Bevölkerung ändern, und eine Diktatur, wie sie von den Faschisten und ihren nationaldemokratischen Hintermännern erträumt wird, könnte nur den Staat selbst ruinieren.

Die Äußerungen Masaryks sind eine neue Mahnung zur Vernunft an die tschechische Bourgeoisie, die sich aus unerlässlicher Beute gier, nicht zuletzt aber auch persönlichen Verärgerungsgründen einzelner ihrer politischen Führer in einem die ausgestrichenen Hypernationalismus gefällt, und der die politische und soziale Reaktion Trumpf geworden ist. Die Äußerungen Masaryks enthalten auch manches Wort der Kritik und Abwehr, ohne daß er da-

Auffeherregende Verhaftungen in Budapest.

Zwei Direktoren des größten Mühlenkonzerns wegen Betrug verhaftet.

Budapest, 28. Juni. Unter der Anschuldigung des Betrugs wurden hier die beiden Direktoren des Viktori-Mühlenkonzerns, Emil Bacher und Eszter Gabri, von der Staatsanwaltschaft in Haft genommen. Die Verhaftung der beiden Direktoren, welche den größten Mühlenkonzern Ungarns beherrschten, hat hier großes Aufsehen erregt.

Der Verhaftung Bachers ist eine Untersuchung vorangegangen, die von der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Bekanntwerden der großen materiellen Verluste der Viktoriadampfmühle in Bluz gebracht worden war. Bacher soll das Vermögen des Unternehmens ohne Ermächtigung zu riskanten Börsenspielen und zur Erfüllung solcher Verträge verwendet haben, die den Zusammenbruch des mächtigen Viktoriakonzerns nach sich zogen. Aus den schon bisher gefaßten Einzelheiten läßt sich feststellen, daß die eigenmächtigen Verfügungen Bachers dem Unternehmen einen sich auf viele Milliarden belausenden Schaden verursachten.

bei die Grenzen, die ihm seine hohe Stellung jetzt, überschreiten würde. Wird das tschechische Bürgertum, dem da ein kleiner Spiegel vorgehalten wird, Lust empfinden, zur Bestimmung zu kommen? Werden seine politischen Führer, die es gegenwärtig durchaus nicht verschmähen, mit dem deutschen Bürgertum in enger politischer Gemeinschaft zu stehen, nunmehr die Pflicht empfinden, einen wirklichen Ausgleich mit dem deutschen Volke zu schließen? Mit der deutschen Bourgeoisie sich über die Durchsetzung von Profitinteressen zu verständigen, bedeutet noch lange nicht nationale Verständigung mit dem deutschen Volke. Nach allen Erfahrungen muß man beweisen, daß Masaryks Appell an die demokratische und nationale Gerechtigkeit diesmal mehr Erfolg als früher haben werde. Mit dem deutschen Bürgertum Geschäfte zu machen und sich mit ihr Aufrechterhaltung eines reaktionären, arbeiterfeindlichen Regimes zusammenzuschließen, dazu konnte sich die tschechische Bourgeoisie leichtens Herzens entschließen. Zu einem nationalen Ausgleich mit dem gesamten deutschen Volke wird sie auch jetzt nicht zu haben sein. Die Lösung der nationalen Frage, die der Präsident nach wie vor als das wichtigste Problem des Staates bezeichnet, wird erst dann in Angriff genommen werden, wenn jene tschechischen Parteien, deren Aufgabe es in erster Linie sein müßte, an der Verständigung der Völker zu arbeiten, diese Pflicht als ihre erkennen und ihre Furcht vor der nationalen Verfemung aufstreifen!

Das Schein-Ende der Kontrolle über Oesterreich

Das hohe Finanzkomitee des Völkerbundes, jenes Komitee, das aus Führern und Angestellten der internationalen Finanzverwaltung, mit der Autorität des Völkerbundes ausgestattet, die Interessen des Weltkapitals zu vertreten hat, hat festgestellt, daß Oesterreich saniert ist und daß deshalb die Kontrolle des Völkerbundes aufgehoben werden kann. Das hohe Finanzkomitee hat so beschlossen, und der hohe Völkerbundrat hat diesem Beschluß einstimmig zugestimmt und die Kontrolle aufgehoben? Oh, so weit sind wir noch lange nicht! Einstweilen wird bloß der General-Kommissar, den das Finanzkomitee hier gehalten hat, abberufen. Die Kontrolle dauert aber noch weiter — so lange bis die ganze Anleihe von 850 Millionen Goldkronen abbezahlt ist, die der Völkerbund nicht geborgt, die aber die Staaten garantiert haben, wobei sie sich die Einnahme aus den Zöllen und dem Tabakmonopol als Pfand vorbehalten haben. Da diese Anleihe noch zwanzig Jahre weiterläuft, bleibt also die Kontrolle noch zwanzig Jahre aufrecht, nur wird sie nicht mehr von Herrn Zimmermann ausgeübt, sondern von Herrn Kost, den Herr Zimmermann Oesterreich als Berater und Kontrolleur der Notenbank eingesetzt hat und dessen Mandat vorläufig noch zwei Jahre weiter läuft. Aber die hohe Weltfinanz, das hohe Finanzkomitee des Völkerbundes — hat noch viel mehr für Oesterreich getan: sie haben erlaubt, daß Oesterreich von dem Teil der Anleihe, den es nicht verbrauchte, weil Herr Zimmermann die Erlaubnis dazu nicht gegeben hat, und der noch etwa 130 Millionen Schilling beträgt, 27 Millionen zum Bau von Telephonkabeln — und zwar, damit die anderen Staaten auch etwas davon haben, von zwischenstaatlichen Kabeln — verwenden dürfe. Oesterreich muß also nicht mehr 130 Millionen Zinseszinsen, die es den Gläubigern mit 9 Prozent verzinsen mußte, zu 5 Prozent in einer ausländischen Bank liegen lassen, sondern nur noch rund 100 Millionen. Aber nicht genug der Gnade und des Wohlwollens! Oesterreich darf auch für 75 Millionen inländische kurzfristige Staatsanleihen ausgeben, während jede weitere Anleihe an die Zustimmung aller Staaten, die die Völkerbundanleihe garantiert haben, gebunden ist.

Aber immerhin, das Finanzkomitee hat festgestellt, daß „die finanzielle Stabilität Oesterreichs gesichert“ ist und daß es diese Feststellung, die allein uns von Herrn Zimmermann befreien konnte — vorgenommen hat, ist ein hoher Beweis von Gnade und Wohlwollen, denn es hat das festgestellt, „obwohl noch eine wirtschaftliche Depression zu konstatieren ist“, was eine etwas rosig gefärbte Umschreibung der schredlichen Wirtschaftskrise, des völligen Stodens jeder Wirtschaft, und der 200.000 Arbeitslosen ist. Da wird ein kurzer Rückblick auf die vier Jahre Kontrolle uns das Wesen der Sanierung und damit dieses Scheinende der Kontrolle erklären.

Die Kontrolle war notwendig, sagen die Bürgerlichen, weil nur sie Oesterreich vor der Katastrophe retten konnte, in die es der rapide Kronensturz gebracht hat. In der Tat ist in den letzten Jahren und ganz besonders in den letzten Monaten vor den Genfer Vereinbarungen die Krone immer rascher gefallen und es war zu befürchten, daß sie bald ganz wertlos sein werde. Und die Bürgerlichen möchten gern den Anschein erwecken, als ob Seipel also den Staat vor den Folgen der sozialdemokratischen Mißwirtschaft gerettet hätte. Wahr ist ja, daß das durch die Friedensverträge geschaffene Oesterreich ein lebensunfähiges Gebilde ist und daß es in den ersten Jahren ausschließlich auf die Einfuhr aus dem Ausland angewiesen war. Aber doch ist es der Regierung Renner gelungen, das Defizit des Staatshaushaltes herabzubringen. Als aber die Christlichsozialen im Oktober 1920 nach ihrem Wahlsieg die Regierung übernahmen, ließen sie alle Besitzsteuern verfallen und führten durch die Teuerungswelle, die die neuen Verbrauchssteuern zur Folge hatten, den vollständigen Zerfall der Währung herbei. Wohl versuchten die Sozialdemokraten durch ein Finanzprogramm den Weg zu zeigen, wie sich die Regierung durch Beschlagnahme der ausländischen Valuten und durch eine Zwangsanleihe auf den Besitz die nötigen Valuten und Sachwerte zu sichern vermöge, um den Verfall der Währung zu verhindern. Die Regierung war nur zu einer Zwangsanleihe zu bewegen, aber sie verweigerte die Valorisierung der Anleihe und so wurde die Anleihe durch die Entwertung der Krone wertlos.

In diesem Augenblick, da es am ärgsten schien, trat Dr. Seipel an die Spitze der Regierung und von welchem Selbstbewußtsein er erfüllt war, zeigte seine Programmrede, in der er sich darauf berief, daß er von Gott auf seinen Platz geführt worden sei. Aber ihr könnt euch denken, daß nun das Wunder geschah, daß Gott, der auf des Josuas Wort die Sonne stillstehen ließ, auch der Krone halt gebot? In der Tat ließ es Seipel, seines Zeichens römischer Prälat und päpstlicher Protokollarius, an feierlichen Beschwörungen nicht fehlen. Tag für Tag versicherte er der Völk, daß zur Beiruhigung kein Grund vorliege, und der übrigen Welt versicherte er, daß er ja schon über ein Programm nachdenke. Und was geschah? Unter der Regierung Renner, die aus Sozialdemokraten und Christlichsozialen bestand — schon der Vize-Kanzler Fint war ein Christlichsozialer — war die Krone bis auf 2.15 Centime gefallen, also auf etwa ein Fünftel ihres Friedenswertes, der natürlich nicht mehr der Wert zur Zeit des Umsturzes war: Aber am 1. Juni 1922, nachdem die Christlichsozialen bereits 43 Monate (beinahe zwei Jahre also) allein regiert hatten, war die Krone auf 0.035 Centimes, also auf ein Siebzigtel ihres Wertes, gefallen. In der Zeit des Krieges und der Zerstörung des Wirtschaftsgebietes (von 1914 bis 1920) auf ein Fünftel, in den zwei Jahren christlich-sozialer Herrschaft auf ein Siebzigtel!

Als Seipel am 1. Juni 1922 an die Spitze der Regierung trat, kostete ein Schweizer Franken also 2151 Kronen, am 12. Juni bereits 4110 Kronen, am 31. Juli 8093 K., Ende August 15.993 K. In drei Monaten der glorreichen Regierung Seipels war die Krone also wieder auf ein Siebtel ihres Wertes herabgebracht. Und wieder riefen die Sozialdemokraten, man solle das Kapital, das sich in dieser Not des Staates bereichert hatte, zur Sanierung heranziehen. Es mußten ja nur etwas über 600 Millionen Goldkronen (etwa 900 Millionen Schilling) aufgebracht werden, um das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen. Und dieses Geld — das geben auch bürgerliche Volkswirtschaftler zu — war ohne Schwierigkeit bei den österreichischen Kapitalisten hereinzubringen. Man brauchte bloß den Banken die Valuten wegzunehmen, die sie in der allgemeinen Not gehamstert hatten, man brauchte bloß den Aktiengesellschaften und dem Großgrundbesitz eine hohe Steuer aufzuerlegen. Alles das war nicht einmal nur durch Enteignung zu haben. Es genügte eine Zwangsanleihe oder eine hohe Steuer.

Aber das war es ja nicht, was Seipel im Sinne hatte. Nicht auf Kosten der Kapitalisten sollte Oesterreich gerettet werden, sondern die Sanierung sollte die Arbeiterschaft den Kapitalisten wehrlos ausliefern. Seipel träumte ja schon damals von der Wegräumung des „revolutionären Schutt“, die er später offen als sein Ziel erklärte. So schloß er im Oktober 1922 — nachdem er Italien und der Tschechoslowakei vergeblich die Angliederung Oesterreichs angeboten hatte, ein Plan, der scheitern mußte, weil keiner von den beiden Staaten dem andern die Herrschaft über Oesterreich lassen konnte — in Genuß die berühmten Vereinbarungen, die Oesterreich die Garantie der Völkerbundstaaten für 650 Millionen Goldkronen brachten. Als Seipel nach Genuß fuhr, erklärte er, „nur eine Kontrolle anzunehmen, die in ihrem Objekt und in ihrer Form so gestaltet werde, daß durch sie unsere staatliche Selbständigkeit nicht im geringsten verlehrt werde.“ Und der Auswärtige Ausschuß beschloß einstimmig, daß sich die Kontrolle nur auf die Einhaltung der in den Verträgen festgelegten Bedingungen der

Auslandshilfe beschränken dürfe. Aber Seipel hatte gar nicht die Absicht, sein Versprechen einzuhalten, und deshalb stimmte er einer Vereinbarung zu — ja man weiß, daß er sie durch Vermittlung des päpstlichen Nuntius selbst angeregt hat —, die das Parlament für zwei Jahre vollständig ausschaltete und die Regierung ermächtigte, alle Maßnahmen zu ergreifen, die nach ihrer Meinung notwendig sind, um das budgetäre Gleichgewicht wieder herzustellen.“ Daraus ist infolge des Widerstandes der Sozialdemokraten nichts geworden, die durchsahen, daß trotz dieser Vereinbarung ein Ausschluß des Parlamentes als „außerordentlicher Kabinettsrat“ bei der Aus-

übung dieser außerordentlichen Vollmachten die Entscheidung behielt, die sonst das Parlament gehabt hätte. Ueberdies mußte auf Verlangen eines Viertels das Parlament einberufen werden.

So wurde der seine Plan bereitet. Aber doch hatte Seipel die Genehmigung, daß ein Vertreter der Westfinanz unter dem Titel eines Generalkommissars des Völkerbundes hier sah und streng darüber wachte, daß den Kapitalisten nicht wehe getan, das Los der arbeitenden Menschen nicht erleichtert werde. Das war die berühmte Sanierung, das die Rettung Oesterreichs durch Seipel.

Masaryk über aktuelle Fragen.

Kein Verlagen des Parlamentarismus. — Das deutsche Problem. — Scharfe Worte gegen die Beneš-Heger

Die Sonntagsnummer des „Národní Osvobození“ veröffentlicht eine Unterredung, die ein Redakteur des Blattes mit dem Präsidenten Masaryk hatte.

Ueber die Beamtenregierung

äußerte sich der Präsident dahin, daß er sie nicht gewünscht und auch nichts zu ihrer Berufung getan habe, und fuhr dann fort:

„Es gibt keine Krisis der Demokratie und des Parlamentarismus, jedoch eine gewisse Krise der Parteien. Dadurch, daß wir die Selbständigkeit erlangt haben und uns an einer positiven Administration und einer neuen Außenpolitik beteiligen müssen, machen alle Parteien in ihrem Programm und in ihrer Organisation eine Krise durch. Ich erblicke unsere Schwierigkeiten, namentlich auch die gegenwärtigen, darin, daß wir einen neuen Staat schaffen. Das ist eine schwierige Aufgabe, um so schwieriger, als wir zu Zeiten Oesterreichs gegen den Staat waren und uns auf diese Weise an eine negative Einstellung gegen den Staat gewöhnt haben, die sich in einem gewissen Maß auch jetzt nach dem Umsturz kundgibt.“

Zu den Plänen auf

Änderung der Wahlordnung

erklärte Masaryk, daß diese vom Parlament durchgeführt werden müsse; sie sei nicht nur eine politische Frage, sondern auch eine Frage der parlamentarischen Technik. Politisch dürfe man von einer solchen Änderung nicht allzu viel erwarten; es müsse klar sein, daß eine solche Änderung der Wahlordnung keine Änderung der nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Gliederung der Bürgerschaft mit sich brächte. Entschieden ist es ausgeschlossen, daß eine Änderung der Wahlordnung und der Verfassung eine politische Vorherrschaft bewirken dürfe.

Ueber seine Ansichten bezüglich einer

Diktatur

befragt, verweist der Präsident auf sein Werk: „Die Weltrevolution“. Der Staat brauche nach der langen Erziehung durch Oesterreich eher eine Reform der Köpfe und Herzen. Politische Aufregung seiner selbst und anderer, maßlose Parteifucht und unpraktische Schwärmerie für abstrakte Schlagwörter helfen nicht, jetzt wollen ausländische Leute Ruhe zur Arbeit. Der Präsident stellt so-

dann England als Muster dafür hin, wie politische Differenzen mit Ueberbignung und Sachlichkeit gelöst werden und fährt fort:

„Jedes unorganische und gewaltsame Vorgehen, ja auch nur eine tiefere politische Krise würde vor allem unsere Krone schädigen. Die Arbeiterparteien erfassen dies richtig und sind daher gegen diktatorische Gelüste. Ich begreife nicht, wie es eine bürgerliche Fraktion geben kann, welche mit diesem Feuer so leichtsinnig spielt. Das ist ein Beweis dafür, daß die Parteien eine Krise durchleben. Allerdings nicht der einzige Beweis.“

Ueber das

Problem der deutschen Minderheit

äußerte sich der Präsident u. a.:

„Das Problem unserer deutschen Minorität ist unser ernstestes politisches Problem. Es ist Pflicht derjenigen, welche den Staat führen, die Bereinigung unseres Staates aufzugeben und sich zur Mitarbeit melden, sobald die Regierungspartei werden, werden sich automatisch alle Folgen, wie bei den übrigen Regierungsparteien, einstellen. Das ist eine so einfache und klare Sache, daß hierfür keine „Germanophilie“, nur ein bloßen politischen Verstand und Ueberblick notwendig ist.“

Auf die Frage, wie er sich

die Unzufriedenheit

oder besser gesagt, die Gereiztheit erkläre, die bei uns von einigen Vätern künstlich genährt werde — als Beispiel führte der Redakteur die Unzufriedenheit mit dem Ressort der Außenpolitik an — erklärte der Präsident, der Umsturz habe Tausenden materielle, gesellschaftliche und andere Vorteile gebracht und es sei begreiflich, daß viele noch mehr haben möchten, als sie erreicht haben; sehr viele Leute seien auch der ungeheueren politischen Erregung nicht gewachsen, daß sie jetzt die Republik, die volle Freiheit hätten. Andere Ursachen für diese Gereiztheit sind zunächst auch darin zu suchen, daß es keine konstituierte tschechische Opposition gebe und sich deshalb in den Koalitions- und Regierungsparteien eine gewisse oppositionelle Stimmung kundgebe, ohne die der Parlamentarismus nicht bestehen kann. Zu einem beträchtlichen Teil gehe die Gereiztheit von Leuten aus, die durch die

Für die Sejm-Auflösung.

Sozialdemokratische Demonstrationen in ganz Polen.

Warschau, 28. Juni. Die sozialdemokratische Partei veranstaltete gestern im ganzen Lande Volksmeetings, in welchen die Arbeiterschaft für die sofortige Sejmauflösung und Ausschreibung von Neuwahlen demonstrierte.

In Lemberg kam es dabei zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Die Kommunisten veranstalteten vor dem Rathaus eine stürmische Demonstration und schlugen mehrere Fenster ein. Die Polizei erpresste die Kommunisten und verhaftete 18 Anführer derselben.

In den anderen Städten verliefen die sozialdemokratischen Demonstrationen ruhig.

neue Regelung der Dinge in ihren Ambitionen nicht befriedigt werden.

Au die Adresse der Gegner des Außenministers richtet sich sodann folgender scharfe Passus:

„Es kann mir auch jene Gereiztheit nicht verborgen bleiben, die gänzlich unberechtigt und ich möchte sagen, geradezu unloyal ist. Ich meine damit den persönlichen Kampf gegen die auswärtige Politik. Ich habe von allem Anfang an darauf gesehen, daß, wo immer es einen Fühnen gibt, er ohne Unterschied der Partei zur Administration zugelassen werde. Einige Herren haben sich nicht bewährt, mußten abtreten und jetzt stehen sie im Winkel und sprechen die Sprache heraus. — So möchte ich die persönliche Schadenfreude und Nachsucht charakterisieren, die in bedeutendem Maße nicht nur Unzufriedenheit, sondern Vergiftung verbreitet. Ich spreche nicht gegen die „heilige“ Unzufriedenheit, wie sie genannt wurde. Ich behaupte nicht, daß in unserer staatlichen Verwaltung schon alles in Ordnung ist. Ich glaube unsere Fehler gut zu erkennen, stehe auf der Wacht und bemühe mich um eine Besserung, allerdings nicht öffentlich, jedoch ständig und systematisch. Ich anerkenne die Berechtigung der Kritik aller, die ehrlich für eine Besserung arbeiten. Aber ich anerkenne nicht das Maulen der Leute, die von Fehlern leben, die sich förmlich freuen, daß es Fehler gibt, damit sie ihre politische Unsäglichkeit öffentlich zur Geltung bringen können.“

Der Präsident erklärt dann, daß er aus der bisherigen Entwicklung seit dem Bestande der Republik Vertrauen schöpfe, daß der richtige Weg gegangen werde. Die Bauschulverbächtigung des hiesigen Parlamentarismus sei ungerecht, denn er habe ein tüchtiges Stück Arbeit und gute Arbeit geleistet.

Die Unzufriedenheit entstehe zum Teil aber auch aus sittlichen Gründen:

„Ich weiß, daß anfällige Leute durch die zahlreichen Korruptionsaffären geradezu bestürzt sind. Ich teile diese Gefühle und hoffe, daß diese sittliche Erbitterung hinreichende Kraft gewinnen und in entsprechender Form sich kundgeben wird, d. h. daß sie nicht von politischen Spekulationen mißbraucht wird.“

Auf die letzte Frage bezüglich eines politischen Testaments von seiner Hand verweist Masaryk auf das politische Testament Palackys sowie auf einen Ausspruch Tomkys: Möge uns der Herrgott bei gesundem Verstande zu erhalten belieben.

Aus dem Tschekischen von Richard Brandel.

Moral en gros.

Ein Roman wider alles Herkommen

48 Von Jiri Haußmann.

Ohne die Initiative des Feldmarschallleutnants Romins abzuwarten, durchbrach er am

IV.



bekommen. Die kleinere, früher am Rücken der hl. Genovefa gelegene, trat einen im allgemeinen geordneten Rückzug in der Richtung gegen Vellucas an, wo sie sich unmittelbar vor der Stadt eingrub und mit ziemlichem Erfolge die Angriffe des Feindes abwehrte. Dafür aber flüchtete der linke Flügel bei Las Mers in heller Verwirrung durch das Tal des hl. Stanislaus und büßte unterwegs eine Menge Gefangener und Kriegsmaterials ein.

Als Feldmarschallleutnant Romins sah, daß er auf dem ungünstigen, keine Stützpunkte bietenden, ebenen Terrain des Sct. Stanislausales nur mit Mühe eine feste Abwehrlinie errichten konnte, entschloß er sich, die Südararmee vorläufig ihrem Schicksal zu überlassen und der passivsten Aktion lieber mit einer mächtigen Gegenoffensive entgegenzutreten. Er rißte die vernichtende zahlenmäßige Uebermacht seiner Truppen, die durch die oben erwähnte Verschiebung einiger nördlicher Divisionen auf den südlichen Kriegsschauplatz noch verstärkt wurde, in dem Frontabschnitt bei Taubensstadt aus, brach hier mit wuchtigem Anprall den Widerstand des Feindes, umzingelte dessen ganzen linken Flügel, den er gefangen nahm, und rückte dann fast ohne Widerstand längs der Küste des Apostelmeerbüsen vor. Dadurch wurde auch der restliche Teil der feindlichen Armee, der sich vom Remin des mefficens zu Cote 253 erstreckte, bedroht, so daß er sich eiligst, die siegreichen circumphorischen Verfolger auf den Fersen, in nördlicher Richtung zurückziehen mußte. Den Stand der Dinge, wie er sich gegen Ende November herausgestellt hatte, veranschaulicht am besten folgende schematische Karte.

Diese überstürzten Bewegungen an beiden Fronten dauerten zwar nicht lange, aber auch während dieser verhältnismäßig kurzen Zeit hatte die Bevölkerung mehr Leiden zu erdulden, als während der ganzen vorangegangenen Kriegszeit. Gewissen Anteil daran hatten freilich auch die tierisch rohen Handlungen, die von den feindlichen,

durch die entgegengesetzte Agathergie fanatisierten Soldaten begangen wurden (darüber wurden bereits wöchentlich „Schwarzbücher“ herausgegeben und an die Regierungen aller größeren Staaten geschickt) — aber in Wirklichkeit war die Hauptursache dieser Leiden das Verhalten der eigenen, zurückflutenden Armeen. Ihre Kommandanten gaben nämlich, in dem Bestreben, dem Gegner womöglich nur den nassen Boden zu überlassen, den Befehl, alles, was nur geringsten Vermögenswert besaß, zu vernichten, zu verbrennen, zu plündern und zu zerstören. Häuser wurden zerstört, Felder der Willkür der Flammen geopfert, Brücken und Eisenbahnen in die Luft gesprengt, ganze Landstrichen künstlich unter Wasser gesetzt, die gesamte waffenfähige Bevölkerung, d. h. Männer und Frauen bis hiebig Jahren, mitgeführt, während die weinenden Kinder und gebrechlichen Greise hilflos unter den Trümmern zurückgelassen wurden. Um so größere Bewunderung verdient der beispiellose Selbennut und die mannhafte Ausdauer, mit der die Bevölkerung diese Widerwärtigkeiten ertrug — viele verließen freiwillig ja freudig ihre Heimat, nur um nicht in die Hände des verhassten Feindes zu fallen.

Es darf nicht verschwiegen werden, daß vielleicht die ersten unter diesen freiwilligen Exulanten die beiden Großbillionäre von Utopien waren. Als der patriotische Agathopras die Nachricht von der Katastrophe von Sct. Katharrinenberg erhalten hatte, behob er sofort den kleinen Teil seines Barvermögens, den er bei inländischen Banken hinterlegt hatte, und brachte ihn teils nach London, teils nach New-York. Dann ließ er durch eine Flottille von Frachtseppelinen die gesamte Einrichtung seines Palais nach seinem Lieblingskontinent, einem reizenden hawaianischen Inselchen, bringen und zog sich zuletzt selbst mit seinem Sohne und den notwendigsten Dienstpersonalen dorthin zurück. Heuchlich verhielt sich auch der unflichtige Chrysopras, nachdem er zum Asyl eine nicht minder materielle, kleine Insel gewählt hatte, die in unmittel-

barer Nachbarschaft von der Agathopras gelegen war. Drei Dubend Architekten erbaute hier in wenigen Tagen einen bezaubernden Sommerhof. Die wohlthätige Miß Mary weigerte sich zwar anfangs, ihre „lieben, kleinen Soldaten“ zu verlassen, aber auf deren flehenliche, ja fast unerträglich dringende Bitte fügte sie sich endlich doch dem Willen des Vaters und folgte ihm ins Exil. In den regierungsfreundlichen Blättern von Nord- und Sudville erschienen darauf wiederum Artikel, die den Patriotismus beider großen Männer feierten, die nicht gequert hatten, der primitivsten, persönlichen Bequemlichkeit zu entsagen, nur um einen Teil des in ihren Händen konzentrierten Nationalvermögens vor dem türkischen Feinde in Sicherheit zu bringen.

Schwere Zeiten brachen auch für die Generale Käfer und Schläfer herein. Tag und Nacht mußten sie immer neue stillistische Wendungen erfinden, in denen sie auf der einen Seite die Siege ihrer Armee möglichst erheben befinnen, auf der anderen wiederum ungenügende Nachrichten möglichst unauffällig und beförmlich für die Zivilbevölkerung hervirichten mußten. Die Anstrengungen dieser modernen Homere waren wahrhaft riesig. Aber die menschliche Leistungsfähigkeit hatte ihre Grenzen und so entschloß sich Ebl. v. Käfer, als er schließlich die vollkommene Unmöglichkeit einsah, irgend welche neue geflügelte Redensarten zu erfinden, seine Taktik zu ändern und im Gegenteils auch die glänzendsten Woffenerfolge mit imponierend effektvoller Kürze bekanntzugeben.

Diese Methode wandte er auch am denkwürdigen 2. Dezember an, dem ruhmreichsten Tage in der Geschichte der Norduropischen Armee. Mit Hintweglassung aller pomphösen Phasen telegraphierte er lakonisch nach Nordville:

„Heute morgens hat unsere Armee nach hartem Kampfe Sudville eingenommen.“

(Fortsetzung folgt.)

15. November bei der Zuckersfabrik Sct. Katharrinenberg die circumphorischen Linien mit einem so gewaltigen Stoße, daß er damit die Sudviller Armee in zwei ungleiche Gruppen teilte, denen es nie mehr gelang, gegenseitige Verbindung zu

Protestkundgebungen gegen die Zölle.

Ein Volksgericht im Bezirke Benjen.

Der landbändlerische Abgeordnete Rudolf Böhm aus Nieder-Ebersdorf, Bezirk Benjen, war während des Zollkampfes einer der Hauptkämpfer und Einpeitscher der Regierungslafaien. Als Obmann der zwecks Wählerfang errichteten „Heimstätte“ spielte er sich stets als Vertreter der Kleinbauern aus, wobei es ihn gar nicht genierte, daß in seiner Parlamentsfraktion der ungarische Großgrundbesitzer Szejewanyi sitzt. Da Abg. Böhm als Kandidat versprach, neben den Klein- und Mittelbauern auch für die Arbeiter als Abgeordneter sich einzusetzen, hatte man ihn schon zu der in Teichsen stattgefundenen Protestversammlung eingeladen, um darzutun, wie sich sein Verhalten mit den Interessen der Arbeiterschaft verträgt. Er kam jedoch nicht. Darauf beschloß die sozialdemokratische Bezirksorganisation in Benjen, für den 26. Juni abends in seinem Wohnort eine öffentliche Volksversammlung einzuberufen und ihn hiezu dringend einzuladen. Wiederum erschien Abg. Böhm nicht. Eine agrarische Versammlung in Benjen erliefen ihm offenbar unangenehm, als die sozialdemokratische in keiner Heimat. Die Versammlung wies einen Massenbesuch auf, wie es noch niemals zuvor der Fall war. Einberufer und Vorsitzender war der Nieder-Ebersdorfer Vertrauensmann Genosse Schuber, Referenten waren Abgeordnete Genossin Kirpal und Abg. Genosse Schmeichhart. Die Versammlung gestaltete sich zu einem wahren Volksgericht über die Schamlose und verbrecherische Politik der Landbändler, Christlichsozialen und Gewerbetreibenden. Obwohl Abg. Böhm ausdrücklich seine Anhänger vor dem Besuche der Versammlung gewarnt und sich zuvor in einer Versammlung des landwirtschaftlichen Rasinos „gerechtfertigt“ hatte, waren doch eine Anzahl Landwirte und Gewerbetreibender erschienen. In der einstimmig angenommenen Protestresolution heißt es unter anderem: „Dem Abg. Rudolf Böhm, der unter der Maske eines Vertreters der Kleinlandwirte die Politik der Agrar- und Industriefinanzialisten vertritt, der sich nicht scheut, zu behaupten, die Arbeiter hätten aus den drückenden Zöllen ebenfalls Nutzen, der in der Gesellschaft der tschechischen Nationaldemokraten und Merkitalen die „Kritik“ des deutschen Volkes betreibt, wird die Versammlung die unangenehmste Mißbilligung aus. Seine Andeutung, als ob die Politik der deutschen Regierungsparteien dem ganzen deutschen Volke nationalepolitische Vorteile brachte, bezeichnet die Versammlung als eitel Humbug und Rostäuschererei.“

Herr Abg. Rudolf Böhm wird des 26. Juni und des ihm in seinem Wohnort ausgesetzten Zeugnisses laum mit großer Freude gedenken.

Börfau.

Sonntag, den 27. Juni, tagte im „Weißen Hof“ eine sehr gut besuchte Versammlung mit der gleichen Tagesordnung, in der ebenfalls Abg. Kaufmann sprach. Die Ausführungen des Referenten lösten zum Teil stürmische Kundgebungen gegen die Zollwucherer, vor allem aber gegen die Kongrua und den Verrat der deutschbürgerlichen Parteien aus. Der Kommunist Stezyl sprach in bisher nicht gewohnter sachlicher Weise den Wunsch aus, daß die Einheitsfront im Parlament auch außerhalb des Parlamentes zur Tatsache werden möge. Auch diese Versammlung hinterließ einen sichtbaren Eindruck auf ihre Teilnehmer.

Kostenblatt.

Sonntag nachmittags fand eine Versammlung mit der gleichen Tagesordnung statt, in der ebenfalls Abg. Kaufmann sprach. Trotzdem ein großer Teil der Bevölkerung durch das schöne Wetter die auf den Feldern vernachlässigte Arbeit nachholte, war der ziemlich große Versammlungslokal vollständig besetzt und es fanden die Ausführungen des Redners ungeteilten Beifall. Das unsinnige Geschwätz eines Kommunisten wurde von Gen. Kaufmann unter dem Beifall der Versammlung in sachlicher Weise apostrophiert.

Neuborf bei Sebaitiansberg.

Die am Samstag in Neuberts Gasthaus stattgefundene Protestkundgebung unserer Partei war die seit Jahren am stärksten besuchte im Ort. Ueber 250 Personen füllten den Saal. Die Ausführungen des Redners Genossen Stadler fanden stürmischen Beifall. In der Debatte sprach auch ein Kommunist, der sich mit der Rede Stadlers einverstanden erklärte und zum einheitslichen Kampf aller proletarischen Parteien aufrief.

Sebaitiansberg.

Die freitägige Versammlung in Böhm's Gasthaus zählte über 150 Besucher. Das Referat erstattete Genosse Stadler, der in eindringlichen Worten die Arbeiterschaft auf die drohenden Gefahren aufmerksam machte, die die jüngst beschlossenen Gesetze beinhalten. Seine Rede, die eine vernichtende Kritik der deutschbürgerlichen Zollparteien war, fand lebhafteste Zustimmung. Die Versammlung sprach den deutschen Volksverratparteien das schärfste Mißtrauen aus. Bemerkenswert war die große Anteilnahme der vielen Frauen, an den politischen Geschehnissen.

Seestadt.

Die Protestversammlung fand Samstag, den 26. Juni, nachmittags um 4 Uhr, im Stadthotel statt, an der über 200 Arbeiter und Arbeiterinnen teilnahmen. — Das Referat des Abg. Kaufmann wurde mit Beifall aufgenommen und es hatten die Ausführungen sichtlich Eindruck auf die Zuhörerschaft gemacht. Der Kommunist Schubert versuchte in gewohnter Weise die sozialdemokratische Protestversammlung gegen die Zölle und die Kongrua und gegen den Verrat der deutschbürgerlichen Parteien dazu zu benützen, nicht gegen die kommende Verteuerung und die bürgerlichen Volksverratler zu protestieren, sondern die Sozialdemokraten zu beschimpfen und zu verleumden. Gen. Kaufmann führte den Herrn unter dem Gelächter der Versammlung entsprechend ab. Herr Schubert wird es, wenn er ein bißchen Charakter hat, kaum mehr wagen, eine sozialdemokratische Versammlung zu stören, denn die Juruse: „Gib uns das unterschlagene Geld wieder!“, „Wer Butter auf dem Kopfe hat, soll

Kein nationaler Ausgleich, sondern bürgerliche Klassenpolitik.

Die Politik der deutschen Zoll-, Kongrua- und Auslieferungsparteien im Spiegel der Presse.

Wenn man von den Parteiblättern der Landbändler, Christlichsozialen und Gewerbetreibenden, die sich krampfhaft bemühen, Argumente für die „staatsmännische“ Politik der Zollmehrheit im allgemeinen, der deutschen Zollparteien im besonderen zu suchen, abseht, ist der größte Teil der deutschen Tageszeitungen von dieser Politik nicht sehr begeistert. Mit Recht erinnert der „Brünner Tagesbote“ in seinem Samstag-Abendblatt vom 26. Juni daran, daß dieselben Parteien, welche heute mit dem tschechischen Bürgertum durch Dick und Dünn gehen, vor den Wahlen am lautesten nach der deutschen Einheitsfront gerufen haben:

„Denn gerade sie waren es, die während des Novemberwahlkampfes ihre heiße Sehnsucht nach einer deutschen Einheitsfront — die sie kurz vorher allerdings im verschwägerten Klubzimmer im Reime erstickt hatten — am lautesten in die Öffentlichkeit hinausrufen und ihren Wählern feierlichst versprochen, nach den Wahlen den einmütigen Wunsch aller deutschen Wähler zu erfüllen. Und als sie dann durch Gründung des Deutschen Verbandes ihr Versprechen eingelöst zu haben glaubten, versicherten sie abermals als ihren schneidlichsten Wunsch, daß dieser Verband sich zu einem Verband aller deutschen Abgeordneten und Senatoren erweitern möge. Aber wie so oft zwischen Worten und Taten eine weite Kluft gähnt, bewegten sich von da ab auch die Taten der heutigen deutschen Regierungsparteien in der entgegengesetzten Richtung, so daß nach wenigen Monaten schon der deutsche Verband, statt sich zu erweitern, durch Abtrennung einer seiner Parteien von der weiteren Vögenossenschaft sich in Wirklichkeit bereits verkleinert hat.“

Daselbe Blatt verweist in seiner Sonntagsausgabe darauf, daß man die Auslieferung von tschechischen Abgeordneten an den Staatsanwalt durchaus nicht als eine Konzession dem deutschen Volke gegenüber bezeichnen kann.

War die Verbeugung vor dem tschechischen Staatsanwalt notwendig? Riefte man wirklich so weit gehen, um zu beweisen, daß man bereit ist, für den tschechischen Parlamentarismus voll und ganz einzustehen? Das Herumgerede von den Kompensationen ist in diesem Falle sinnlos. Denn man läßt sich nicht dafür entschädigen, daß man mitgeholsen hat, einige oppositionelle Abgeordnete dem Staatsanwalt auszuliefern.

Das Hauptorgan der Deutschnationalen, die „Sudetendeutsche Tageszeitung“, ließe zwar, wie es scheint, mit sich reden, Abgeordnete auszuliefern, es verlangt aber dafür irgend eine nationalpolitische Konzession. Es schreibt in diesem Sinne über die Zollparteien:

„Was aber wird ihnen dafür geboten, daß sie sich dazu hergeben, im Namen des Schutzgesetzes, das nur vom tschechisch-katholischen Standpunkt eigens für die Deutschen erzeugt und gegen sie gehandhabt wurde, für die Auslieferung einer Anzahl Parlamentarier, mögen sie welcher Gruppe immer angehören, einzutreten? Es wäre vom lausmännischen Standpunkte, aber nur von diesem — verständlich, wenn nach Erledigung dieser Immunitätsfälle noch eine wirtschaftspolitische oder nationalpolitische, zu Gunsten der Deutschen sich elementar auswirkende Vorlage zur Verhandlung gestanden hätte und als Gegenwert oder Gegengabe auch tatsächlich durchgeführt wäre. Dem ist aber nicht so und das einzige, was dieser beschämenden Einstellung folgte, sind die Ferien, die wohl nichts anderes bringen werden, als den Abschluß einer Reihe schwerer Bedenken und Erwägungen, die sich in einem gewaltigen moralischen Kater oder einer politischen Ernüchterung auswirken müssen.“

Von Interesse ist auch eine Meldung des „Teplih-Schönerer Anzeigers“, wonach es sich

nicht an die Sonne gehen!“ etc. sagten dem Herrn wohl zur Genüge, wie die Seestädter Arbeiter über ihn denken.

Truppschik.

Die Protestversammlung unserer Partei, die am Samstag den 26. Juni in Porziendörfers Gasthaus stattfand, war massenhaft besucht. Abg. Kaufmann schilderte in ausführlicher Rede die politischen Ereignisse der letzten Zeit und geißelte das schändliche Verhalten der deutschbürgerlichen Parteien (Landbändler, Gewerbetreibenden und Christlichsoziale), die sich zu Handlangern der tschechischen Regierung hergaben und das arbeitende Volk mit ausplündern helfen. Die Ausführungen Kaufmanns wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. In der Debatte, an welcher sich auch Kommunisten beteiligten, fand die Entrüstung der Arbeiterschaft gegen die Kaufmannsplan der Reaktion sichtbaren Ausdruck. Eine Entschlieung, in der den Vertretern der Arbeiter in den gelesenen Körperschaften das Vertrauen ausgesprochen wurde, fand einstimmige Annahme. Nach einem anfeuernden Appell des Vorsitzenden Genossen Schubert, am nächsten Wohltage mit den Feinden des Proletariats abzurechnen, fand die würdige Kundgebung ihren Abschluß.

Kein nationaler Ausgleich, sondern bürgerliche Klassenpolitik.

den deutschen Zollparteien gar nicht um nationale Konzessionen handelt, sondern der höhere Sinn ihrer ganzen Politik besteht darin, einen Beweis ihrer Loyalität zu erbringen! Das genannte Blatt schreibt:

Nach Äußerungen aus gut informierten, parlamentarischen Kreisen hat das Vorgehen der Zoll- und Kongruaparteien, neben der Erlangung staatspolitischer Protekte, vorläufig keinen anderen Zweck, als einer tschechischen Regierung den Beweis der tatsächlichen Loyalität zu erbringen.

Daß das Deutschtum nicht sehr stolz darauf zu sein braucht, wenn sich deutsche Abgeordnete dazu bereit finden, die gewählten Vertreter des Volkes dem Staatsanwalt auszuliefern, betont das „Montagsblatt“:

Die Behörden auf die Abgeordneten legen, die Kollegen dem Staatsanwalt als Beute hinwerfen, darf man allenfalls dann, wenn man entschlossen ist, dieselbe Behandlung auch gegen sich gelten zu lassen. Aber über die Vergeßlichkeit des Parlamentarismus schreiben, wenn man unten ist, am sofort, wenn man selbst für ein paar Wochen auf den Ausschub hinaus darf, dieselbe Peitsche auf die anderen herunterzulassen zu lassen, ist des Deutschtums unwürdig.

Selbst dieses bürgerliche Blatt muß zugeben, daß das stärkste Band, welches die Zollparteien zusammenhält, ihr Haß gegen die Arbeiterschaft ist:

Die Suggestion, die von den tschechischen Bürgerparteien auf den deutschen Zollbund ausströmt, ist heute schon so stark, das Interesse an der Bekämpfung des sozialpolitischen Fortschritts so heftig, der Wunsch, die „sozialpolitischen Lasten abzubauen“, so dringend, daß offenbar jede Hemmung, jeder Rest von parlamentarischer Scham zerrinnt.

Diese Feindschaft gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft ist das Hauptmotiv, von dem sich in Wirklichkeit die deutschen Zollparteien leiten lassen. Sie haben immer den Nationalismus als Deckmantel ihrer Klasseninteressen benützt und so maskieren sie auch diesmal ihre Zusammenarbeit mit dem tschechischen Bürgertum, ja sogar die Auslieferung von Abgeordneten an den Staatsanwalt damit, daß sie dem deutschen Volk einen großen Dienst geleistet haben. Die deutschen Arbeiter, Kleinbauern und Gewerbetreibenden, welche in den nächsten Wochen den Preis für diese angeblichen nationalen Erfolge dadurch bezahlen werden, daß sie ihre Lebenshaltung noch mehr einschränken werden, werden freilich über die staatsmännische Kunst der Herren Spina, Stenzl und Mahr-Horling und über die „nationalen“ Erfolge dieser Herrschaften ganz anderer Meinung sein. Das werden die Herren schon bei nächster Gelegenheit erfahren.

Die tschechischen sozialistischen Blätter betonen mit Recht, daß die Politik der deutschen Zoll-, Kongrua- und Auslieferungsparteien nicht dazu dient, die Verständigung der Völker in der Tschechoslowakei anzubahnen. So schreibt das „Rárodní Svobozeni“:

Dem aufmerksamen Beobachter ist es nicht entgangen, daß aus der Diskussion zwischen den tschechoslowakischen und deutschen Parteien alle nationalpolitischen Fragen ausgeschlossen sind und die Zusammenarbeit nur auf wirtschaftlichem Gebiet und aus Standesinteresse gesucht wird. Auf diese Art kann man wohl eine gewisse gegenseitige Annäherung erzielen. Aber wir bezweifeln, ob man durch die Umgehung nationalpolitischer Streitfragen eine dauernde Zusammenarbeit garantieren kann. Werden diese Fragen nicht allmählich gelöst, dann werden sie

ständig einen Explosivstoff darstellen, weld die tschechoslowakisch-deutsche Mehrheit jeden Augenblick aufliegen lassen kann. Die Gefahr aber beruht nicht nur in diesen Umständen allein, man muß ohne Zweifel betonen, daß die Interessengemeinschaft der Parteien, der heutigen Mehrheit um den Preis scharf, sich verschärfender Klassenkampf erkauft ist. Diejenigen, welche die Zollmajorität geführt haben, haben nicht genug staatsmännischen Sinn gehabt, um sich dessen bewußt zu werden, daß man insbesondere in diesem Lande nur mit einem furchtbaren Risiko gegen die gereifte Arbeiterklasse regieren kann. Es sind deshalb Befürchtungen a Blase, daß der Gedanke der tschechoslowakisch-deutschen Zusammenarbeit auf lange hinaus in den breiten Massen der Bevölkerung kompromittiert werde.

„Straß Socialismu“, das Brünner Organ der tschechischen Sozialdemokratie, betont, daß es sich bei dem Zusammengehen der deutschen und tschechischen Bürgerparteien um alles andere eher handelt, als um einen Ausgleich von Volk zu Volk. Das Blatt schreibt:

Die Blätter der Merkitalen, agrarischen und Gewerbetreibenden behaupten, daß durch diese Gruppierung der nationale Ausgleich in unserer Republik vollzogen wird. Das ist allerdings nicht wahr — im Gegenteil, das traurigste an diesem Geschäft ist gerade, daß das Volk von diesem Ausgleich gar nichts weiß, daß nicht einmal der Staat etwas davon haben wird, in dessen Interesse es ist, daß das Verhältnis der nationalen Minderheiten zur Republik öffentlich und ehrlich gelöst wird, denn nur ein solcher Ausgleich kann Einfluß haben auf das Denken des deutschen und magyrischen Volkes.

In einem Artikel des „Právo Lidu“ betont Abgeordneter Stivin, daß von nationalen Konzessionen an die Zoll-Deutschen nicht gesprochen werden könne und daß die einzige Konzession der tschechischen Bürgerparteien einzig und allein in der Verschärfung des arbeitserfeindlichen Kurzes liegen könne. Er schreibt:

Gelingt es gegen alle Erwartungen doch, die tschechisch-deutsche Mehrheit zu festigen und zu erhalten, werden die deutschen Parteien in ihr nicht nur um der schönen Augen des Herrn Dr. Hodza willen dienen. Sie werden Konzessionen, Erfolge haben wollen. Die wird ihnen der tschechische Teil der Mehrheit nicht auf nationalem Gebiete und nicht auf Kosten der Staatskasse geben können. Man wird ihnen nur die Fortsetzung in dem begonnenen Kurse anbieten können, das ist die Unterstützung der arbeitserfeindlichen Anträge der deutschen Bürgerparteien, die auf eine Verkrüpfung der sozialen Erfolge der Arbeiterklasse hinauszielt. Vergessen wir nicht, daß die deutsche Bourgeoisie in unserem Staate weit kapitalstärker ist als die tschechische Bourgeoisie, daß sie also an der Demolierung des sozialen Wertes unseres Staates weit mehr interessiert ist, und daß sie dabei keine Rücksicht nehmen wird auf den Grundfay, der beim Aufbau der sozialen Politik in unserem Staate maßgebend war.

Darauf läuft die ganze Politik der deutschen Bürgerparteien hinaus. Nicht um einen nationalen Ausgleich handelt es sich ihnen, sondern um den Abbau der Sozialpolitik und aller sozialen Errungenschaften, die die Arbeiterschaft seit dem Ende des Krieges erkämpft hat. Darauf läuft letzten Endes die ganze Staatskunst der Herren Spina und Konforten hinaus.

Die Wahlen in die Arbeiterkammern.

Auch das Ergebnis von Niederösterreich glänzend.

Wien, 28. Juni. (Eigenbericht.) Die Wahlen in die Arbeiterkammer haben in Niederösterreich in der Arbeitersektion von 197.000 Stimmen für die freien Gewerkschaften 172.600, die Christlich-sozialen 13.500, die Deutschnationalen 2900 und für die Kommunisten 8100 Stimmen gebracht. In der Angestelltensektion ist das Verhältnis folgendes: Freie Gewerkschaften 45.881, Christlich-soziale 8500, Deutschnationale 9500, eine neutrale Gewerkschaft 1030 und die Kommunisten 31 Stimmen.

Bürgerliche Blätter rechnen allerdings heraus, daß die Sozialdemokraten gegenüber dem Jahre 1921 in Wien etwa 8000 bis 10.000 Stimmen und in ganz Niederösterreich etwa 15.000 Stimmen verloren hätten. Da aber die sogenannten Wohnsitzstimmen, die mehrere Zehntausende ausmachen dürften, erst in einigen Tagen festzustellen sein werden, ist diese Freude der Bürgerlichen vorläufig noch verfrüht.

Schon heute steht aber fest, daß die Sozialdemokraten in der Arbeitersektion nahe zu 90 Prozent und in der Angestelltensektion, die früher ausschließlich die Domäne der Bürgerlichen war, die Zweidrittelmehrheit haben.

Berringerung der Rheinlandbelagerung.

Berlin, 27. Juni. Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet: Auf Grund von Vorstellungen der Reichsregierung bei den alliierten Mächten ist das 204. französische Artillerieregiment aus dem besetzten Gebiet zurückgezogen worden, ohne daß Ersatz in Aussicht genommen ist. Es ist zu erwarten, daß noch eine weitere Verminderung der gegenwärtigen Truppenstärke erfolgt.

Inland.

Das Schutzgesetz — ein Mittel zur Verteidigung deutscher „Freiheit!“

Laut christlichsozialer Auslegung.

Bei der Abstimmung über die Auslieferung der fünf Abgeordneten sahen Samstag früh die deutschen Agrarier und insbesondere die Christlichsozialen in ihren Bänken verlegen und betreten wie die ertrappten Spitzbuben — ein Anblick zum Brechen. Keiner traute sich, auch nur den Mund aufzumachen. In ihren Redaktionen aber bringen sie doch den traurigen Mut auf, sich zu verteidigen. Von dort aus klären sie ihre Wähler, denen dieses schändliche Verhalten absolut nicht in den Kopf gehen will, über die „moralischen“ Pflichten auf, die so ein gefalteter oder wenigstens mit allen Salben geschmierter christlichsozialer Volksvertreter hat. Die Prager „Deutsche Presse“ schreibt in ihrem samstäglichem Leitartikel:

„Der schon so oft krank und totgefagte „Parlamentarismus“ blieb wieder einmal Sieger.“

Nämlich je n e r tschecoslowakische Parlamentarismus, dessen Vergewaltigungsmethoden gegen die Opposition die Christlichsozialen bisher mit aller Leidenschaft zu bekämpfen vorgaben!

„Wie konnte man überhaupt denken“, heißt es weiter, „daß solche Gewalttätigkeiten ungeahndet bleiben sollten!“

Ja, wie konnte man! Da sich doch die deutschen Christlichsozialen und Agrarier mit elenden Sandlangerdiensten für Hozza und Kramar das Eintrittsgeld in die Regierung verdienen wollten! Das ganze demokratische Europa ist der Meinung, daß diese Behandlung der Immunität der bisher größte antidemokratische Skandal in der Tschechoslowakei ist. Die „Deutsche Presse“ aber läßt sich über diese Schandung des Parlamentarismus also vernehmen:

„Solange die allnationale tschechische Koalition die Mehrheit hatte, war eine Diskussion wirklich ausgeschlossen. Das hat sich aber nun mit einem Male geändert und der Parlamentarismus hat nach der Beilegung der undemokratischen Koalition eine kräftige Belebung erfahren.“

Beweis für die Demokratie: tausend Anträge der Opposition sind ohne Rücksicht und im Handumdrehen niedergestimmt worden; Beweis für die Belebung: 27 Abgeordnete, die gegen die Gewalt der Jölle und Kongrua obstruierend auftraten, sollten mundtot gemacht werden. Und diese Demokratie, diese Belebung, die Veränderung „mit einem Schlage“ verdanken wir in erster Linie den Christlichsozialen, jedenfalls sind sie es, die sich unter den deutschen Volksparteien am meisten mit ihrer Schande brüsten!

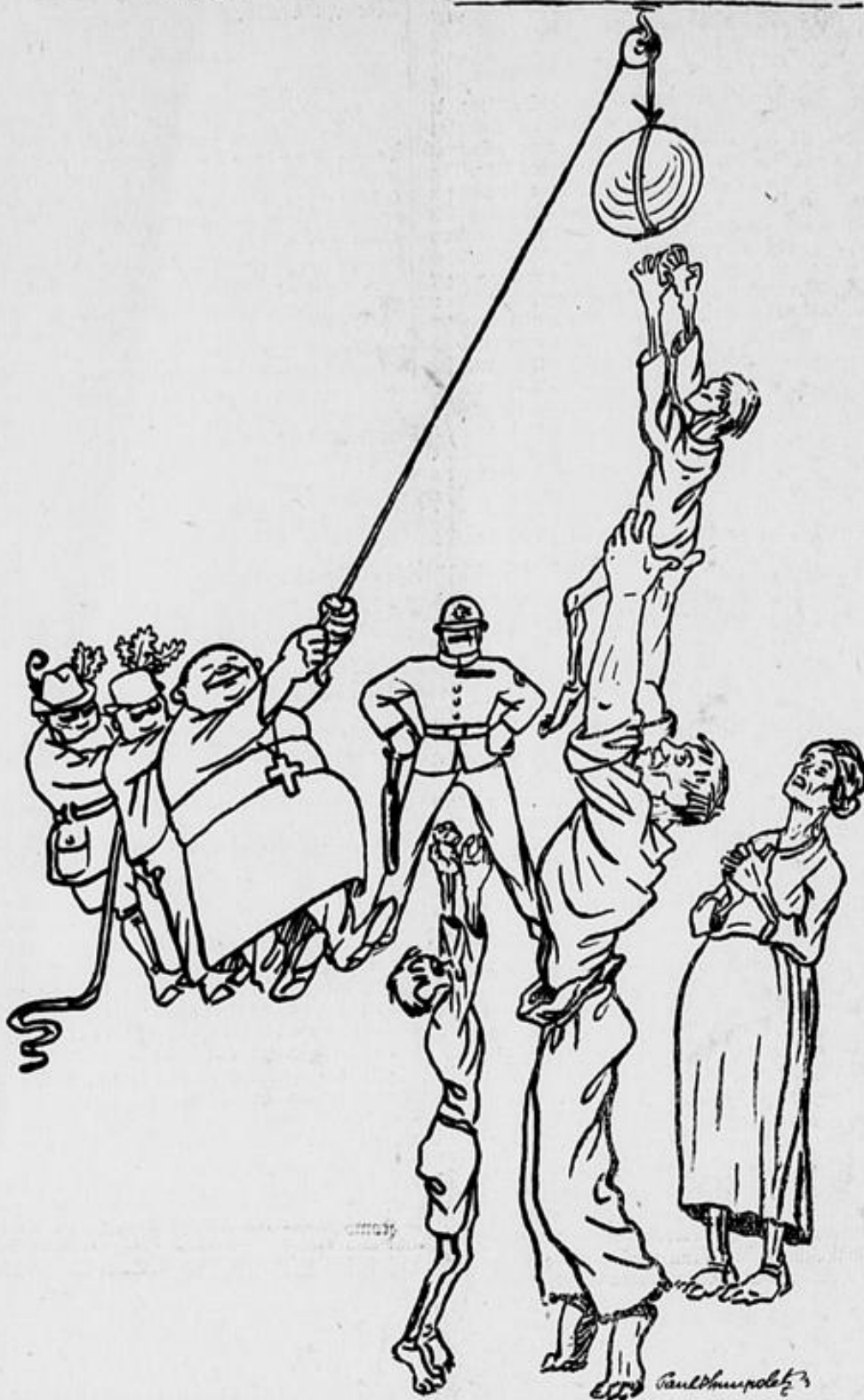
Doch das Beste zuletzt. Eine der „Rechtsgrundlagen“ der Auslieferung ist bekanntlich das Gesetz zum Schutze der Republik, jenes ergreifendste Gesetz, gegen das feinerzeit auch die Christlichsozialen ihre Anhänger zu Protestversammlungen zusammenriefen. Hören wir, was die „Deutsche Presse“ heute über dieses Gesetz zu sagen hat:

„Wenn die Auslieferung einerseits auf Grund des Schutzgesetzes und andererseits auf Grund des Strafgesetzes erfolgte, ist das für die Beurteilung dieses Falles ziemlich gleichgültig. Man muß auch das Schutzgesetz als ein Uebel unserer Zeit betrachten und seine Tendenz als einseitig empfinden, so bedenken sich doch die angezogenen Paragraphen mit den Bestimmungen, die z. B. auch das Deutsche Reich zum Schutze seines Parlamentarismus eingeführt hat. Wenn wir — so liegen gegenwärtig die Dinge bei uns — die Freiheit des deutschen Volkes verteidigen wollen, müssen wir auch die Freiheit des Parlamentarismus verteidigen. Ein Aktivismus ohne Parlamentarismus ist ein Unding.“

Eine größere Tarnfärbung, als sie insbesondere in diesen letzten beiden (auch im Original fettgedruckten) Sätzen liegt, ist kaum vorstellbar. Die deutschen Christlichsozialen verteidigen mit dem Schutzgesetz in der Hand, daß sie selber hundertmal schärfer verurteilt, die Freiheit des Parlamentarismus, ja noch mehr: die Freiheit des deutschen Volkes! Diese Erkenntnis hat dem judendeutschen Volke bisher noch gemangelt, daß es seine Freiheit verteidigen heißt, wenn man diejenigen, die auf dem Boden des Parlaments gegen Gewalt ankämpfen, dem Staatsanwalt in die Hände liefert! Und dabei diese beispiellose Verlogenheit, die sich in drei Sätzen dreimal widerspricht: zunächst ist die Anziehung des Schutzgesetzes gleichgültig; dann ist es ein Uebel; dann gibt es aber anderwärts — dies das Argument des Herrn Kramarčík — auch so etwas Ähnliches (nämlich wirklich zum Schutze der Republik) und schließlich könnte ohne diese gleichgültige Uebel die Freiheit des judendeutschen Volkes nicht bestehen.

Jugend einmal ist auf jene Sorte von Politikern, die selbst für die größte Niedertretung noch ihr angeblich nationales Empfinden zum Vorwand nehmen, das Wort von den Nationalen geprägt worden. Wir glauben damit diese Betrachtung abschließen zu können.

Die deutschen Volksbeglucker an der Arbeit.



Tages-Neuigkeiten.

Der Sieger.

Rur nicht rosten, rosten!
Lieber mit dem Leben kämpfen bis aufs Blut,
Lieber aus dem Meer als steuerloses Gut:
Rur nicht rosten, rosten.

Rur nicht leise Liebe,
Lieber lauten Haß.
Lieber stete Trübe,
Als Nicht nur im Gelock.

Rur nicht dieses Warten,
Was da kommen mag:
Rur dem Kampfescharren,
Glüht der Siegestag!

Hedwig Ernst.

Zur Berufswahl.

An die Eltern schulentwachsener Kinder!

Dieser Tage schließen die Schulen ihre Pforten. Für jene Knaben und Mädchen, die ihren Bildungsgang nicht fortsetzen, beginnt damit ein neuer Lebensabschnitt; gleichzeitig tritt an die Eltern die Sorge für die Zukunft des Sohnes oder der Tochter heran. Die Wirtschaftskrise, die fortgesetzt arbeitswillige Menschen arbeitslos macht, setzt der Unterbringung der Jugend im Berufs- und Wirtschaftsleben Hemmnisse entgegen. Die Berufswahl für die Kinder macht daher vielen Eltern große Sorge. Der Wunsch, ihre Kinder nicht der ständigen Gefahr des Arbeitsloswerdens zu überantworten, läßt sie alles daran setzen, ihnen eine möglichst bestimmte Existenzsicherheit zu schaffen. Viele erblicken in Berufen, die nicht manuelle Arbeit sind, sichere Daseinsgrundlagen.

Die freigebergschaftlichen Angestelltenorganisationen erachten es als ihre Pflicht, an alle Eltern den Appell zu richten, bei der Berufswahl für ihre Kinder dem Handels- und Expeditionsgewerbe, den Advokatur-, Notariats- oder sonstigen Kanzleien auszuweichen. Die große, immer noch zunehmende Zahl postenloser Angestellter fast aller Berufsweige, die monate-, ja mitunter jahrelang währende Unmöglichkeit, wieder eine Stellung zu finden, diene allen Eltern zur Warnung! Arbeitslosigkeit nach Vollendung der Lehrzeit, deshalb schwere Enttäuschungen und Hoffnungslosigkeit sind unter den gegenwärtigen Verhältnissen im Angestelltenberufe fast unabwendbare Folgen für viele

Knaben und Mädchen, die als Lehrlinge oder Praktikanten in das Handels- oder Expeditionsgewerbe, in Kanzleien und Schreibstuben aller Art eingetreten sind. Seit Jahren sind diese Berufe mit Lehrlingen überfüllt. Wie trüb diese Verhältnisse schon geworden sind, zeigen nachstehende wenigen Beispiele aus von uns kürzlich durchgeführten statistischen Erhebungen. So entfallen z. B. in Handel und Expedition in

Brüg	auf 356 Gehilfen 159 Lehrlinge,	d. i. 45 Prozent;
Eger	auf 545 Gehilfen 241 Lehrlinge,	d. i. 44 Prozent
Falkenau a. Eger	auf 122 Gehilfen 81 Lehrlinge,	d. i. 68 Prozent
Komotau	auf 380 Gehilfen 230 Lehrlinge,	d. i. 60 Prozent
Saaz	auf 131 Gehilfen 63 Lehrlinge,	d. i. 47 Prozent
Teplitz-Schönau	auf 922 Gehilfen 159 Lehrlinge,	d. i. 56 Prozent.

Auch in anderen Orten zeigt sich daselbe Bild. Durchschnittlich ist also heute hinter jedem zweiten Angestellten ein Lehrling, der nach Vollendung der Lehrzeit, also in spätestens drei Jahren, zur neuen Konkurrenz als Angestellter für ihn wird. Durch die ständig wachsende Zahl der Einstellung von Lehrlingen wächst natürlich auch fortgesetzt diese Konkurrenz und nur daraus ist es erklärlich, wie so viele ausgelehrte Angestellte dann kein Fortkommen als Angestellte finden, deshalb in andere Berufe übergehen müssen oder — im Leben zerfallen. Vergrößert werden die Schwierigkeiten noch durch die sogenannten Privathandelskurse („Zahnstuhlkurse“) und Krupellose, auf reiner Profitgrundlage betriebene, private Stellenvermittlungen, durch die immer wieder neue Opfer mangels hinreichender Berufseignung und Qualifikation der Unmöglichkeit des Fortkommens als Angestellte anheimfallen.

Dazu sind auch noch gesundheitliche Fragen zu beachten: die überlange Arbeitszeit, das lange Ziehen hinter dem Verkaufspulte, der ständige Aufenthalt in schlecht gelüfteten, lichtlosen Räumen im Handesgewerbe, die der Gesundheit keinesfalls zuträglich Körperliche Haltung bei nervenzerrüttenden Büroarbeiten wirken sehr schädlich auf die Gesundheit der jungen Leute ein. Vor allem die Lungentuberkulose ist eine sprichwörtlich gewordene Berufskrankheit der Angestellten, wofür die Ausweise der Krankenkassen bereites Zeugnis ablegen. Demgegenüber steht

die geringe Entlohnung der Angestelltenarbeit; insbesondere in Handel und Expedition, in den Anwalts- und Notariatskanzleien gehören die Bezüge der Angestellten zu den geringsten Verdiensten arbeitender Menschen überhaupt. Die Gehälter sind mitunter beschämend niedrig. Das ständige Angebot zahlloser stellensuchender Angestellter drückt auf die Gehaltshöhe und erschwert neben den krisenhaften Verhältnissen das Eingreifen der Organisation in die Regelung der Dienstverträge. Entlassungen von Angestellten nach oft jahrzehntelanger Tätigkeit sind keine Einzelscheinungen. Nichtinhaltung von zugunsten der Angestellten bestehenden gesetzlichen Vorschriften sind an der Tagesordnung. Die von den Gremien und Genossenschaften der Kaufleute herausgegebenen Lehrverträge enthalten Einschränkungen gesetzlicher Rechte.

Alle vorgeschilderten Umstände lassen es daher als berechtigt erscheinen, wenn wir alle Eltern und Vormünder dringend davor warnen, ihre Kinder den Handels- oder Expeditionsgeschäften, den Kanzleien usw. als Lehrlinge oder Praktikanten zuzuführen. (Mitteilung des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Sitz Teplitz-Schönau, Seilerstraße 1.)

Ursprungszeugnisse bei der Einfuhr von Trauben, Zwiebeln, Knoblauch und Fett. Durch Verordnung des Finanzministeriums vom 28. Juni d. J. werden vom 10. Juli angefangen Ursprungszeugnisse bei der Verzollung von frischen Trauben, Zwiebeln und Knoblauch sowie bei Schweine- und Gänsefleisch eingeführt. Die näheren Bedingungen sowie Erleichterungen für die Uebergangszeit sind dieselben wie bei der feinerzeitigen Rundmachung über Ursprungszeugnisse für Getreide und Mehl.

Der Mörder des Wiener Genossen Müller geflohen. Wie die „Arbeiter-Zeitung“ meldet, ist nun der hakenkreuzerische Arbeitermörder Steingruber geflohen. Dank der Nachsicht der Justiz hat er den Austritt seiner Strafe solange hinauszuziehen können, daß er die Vorbereitungen für seine Flucht treffen konnte. Steingruber war wegen der bestialischen Ermordung des Gemeinderates Müller, des Obmannes des Mödlinger Republikanischen Schutzbundes, zu der milden Strafe von einem Jahr schweren Kerkers verurteilt worden, weil das Gericht in seiner Tat keinen Mord sah. Er hatte — zum Glück ist er ein reicher Automobilhändler — nun eine Kaution von 2000 Schilling erlegt, um in Freiheit das Ergebnis des Rechtsmittelverfahrens abzuwarten und zugleich seine Flucht vorbereiten zu können. Nachdem der Oberste Gerichtshof die Strafe bestätigt hatte, wurde er vom Landesgericht Wien zum Strafantritt vorgeladen. Da er nicht erschien, wurde seine Kaution für verfallen erklärt und, wie es heißt, ein Steckbrief hinter ihm erlassen.

Acht Monate für einen von den Prager Demonstranten! Im Verhandlungsraum in der Prager Strafanstalt hatte sich Montag die zweite Gruppe der bei den letzten Demonstrationen in Prag verhafteten Personen wegen öffentlicher Gewalttätigkeit, Aufruhrs und Wachebeleidigung zu verantworten. Angeklagt waren diesmal acht Personen, die entweder in der Heinrichsgasse oder auf dem Dablicerplatz verhaftet worden waren. Ein Arbeiter wurde zu acht Monaten schweren Kerkers unbedingte verurteilt. In den anderen Fällen ging der Senat mit Strafen von zehn Tagen bis sechs Monaten, durchwegs unbedingte, vor.

Protestversammlung in Bergreichenstein. Sonntag fand am Marktplatz in Unter-Reichenstein eine Demonstrationsversammlung der Arbeiterschaft des Bezirkes Bergreichenstein statt. Als Referent sprach Genosse Dr. Strauß aus Prag, welcher das Verhalten der deutschen Volksparteien angesichts der Postlage breiter Massen der arbeitenden Bevölkerung geißelte. Nach ihm sprach die Genossin Ella Matzinger aus Bergreichenstein, worauf die Versammlung nach einer feurigen Schlussrede des Genossen Reichardt (Bergreichenstein) geschlossen wurde.

Dem „Vorwärts“ waren es zu viele. Der „Vorwärts“ speit Gift und Galle darüber, daß an unserer Kundgebung in Reichenberg 4000 bis 5000 Menschen teilnahmen. Wir finden diesen Kerger begrifflich, halten ihn aber für höchst unfruchtbar: an der Zahl ist nämlich nicht zu rütteln und der stupide Hohn schlägt in diesem Falle sich selbst.

Hundebissen und Arrest. Dieser Tage wurden in Eger zwei junge Proleten, ein Arbeiter und eine Arbeiterin, zu mehreren Tagen Arrest unbedingte verurteilt, weil sie einen frei auf der Straße herumlaufenden Hund eingefangen, erschlagen und sein Fleisch gegessen hatten. Ob der Eigentümer des Tieres, der sich später meldete und angeblich um 400 Kronen geschädigt ist, seinen Schmerz dadurch gelindert sieht, daß die beiden Uebelthäter drei und fünf Tage Arrest erhielten, wissen wir nicht. Wir bewundern nur diese herrliche Welt, in der die einen aus Hunger sich an fremden Hunden vergreifen und die anderen sie dafür einsperren lassen.

Erdrutsch. In der Nähe der Gemeinde Dneboh bei Mähengrätz ist, wahrscheinlich infolge der Regengüsse der letzten Zeit, ein großer mit Wald bedeckter Bergabhang in einer Breite von 500 Meter ins Rutschen geraten. Elf hölzerne Wohnhäuser der Gemeinde Dneboh wurden vollständig zerstört. Die Bezirksstraße ist in der Länge von ungefähr drei Kilometern verlegt. Durch den Erdrutsch wurde auch die Wasserzufuhr nach Mähengrätz abgeschnitten. Der Erdrutsch ist noch nicht zum Stillstand gekommen.

Erhebung über die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Journalisten. Das Internationale Arbeitsamt sandte einen Fragebogen, betreffend die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Journalisten, an 57 Organisationen der Angehörigen dieses Berufs in 33 Ländern, sowie an einzelne Journalisten und geistige Arbeiter. Insgesamt wurden etwa 100 Fragebogen ausgegeben. Bisher langten 29 Antworten ein, die sich auf 17 Länder verteilen, nämlich 15 europäische Länder, die Vereinigten Staaten von Amerika und Brasilien. Die Antworten aus Deutschland und Frankreich sind von besonderem Interesse. Es ist zu erwarten, daß ein vorläufiger Bericht über die Erhebung bald herausgegeben werden kann. Inzwischen wurden die auf das Pressefach bezüglichen Antworten an das Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit weitergegeben, das den hierauf bezüglichen Abschnitt des Berichts ausarbeiten wird. Vor Fertigstellung des Berichts werden voraussichtlich noch weitere Antworten eintreffen und verwendet werden können.

Vier Bergarbeiter verschüttet. Nach einer Meldung der „Montagspost“ wurden auf der Zeche Draffert in Marl bei Gelsenkirchen vier Bergleute von einbrechenden Gesteinsmassen verschüttet. Nur einer konnte gerettet werden, während die drei anderen nur als Leichen unter dem Gestein hervorgezogen werden konnten.

Goethe in Marienbad. Zur Erinnerung an den häufigen Aufenthalt Goethes als Kurgast in Marienbad soll im Ambrosius-Tempel im Park von Marienbad, wo Goethe seinen Brunnen zu trinken pflegte, eine Büste aufgestellt werden, die den Dichter in seinen letzten Lebensjahren darstellt.

Die Kollajenseuche. In der letzten Zeit war mehrfach beobachtet worden, daß im sogenannten alten Westen Berlins Frauen in Krämpfen und Tobfuchtsanfällen zusammenbrachen, als deren Ursache Kollajinvergiftung festgestellt wurde. So hatte vor etwa acht Tagen eine Schauspielerin auf dem Hochbahnhof Bülowstraße im Kollajinrausch einen Schutzpolizisten, der sie abführen wollte, mit vor einem fahrenden Zug gerissen, wobei beide nur wie durch ein Wunder vor dem Ueberfahrenwerden gerettet wurden. Der Polizei ist es nunmehr gelungen, in der Person eines 31 Jahre alten Kellners den Kollajinhändler festzunehmen und das Giftlager in einer Hauskammer der Winterfeldstraße aufzuföhern.

Der internationale Kongress der Bibliothekare, der in der Zeit vom 28. Juni bis 3. Juli in Prag stattfindet, wurde gestern in Anwesenheit einer großen Zahl von Delegierten und Gästen aus dem In- und Auslande eröffnet. Insgesamt sind 24 Länder vertreten. An die Eröffnung schloß sich eine Besichtigung der interessanten Ausstellung alter Drucke und Handschriften, die im Nationalmuseum untergebracht ist. Am Nachmittag wurde die Ausstellung der volkswirtschaftlichen Korporationen eröffnet, in der auch die deutschen Gemeinde- und Volkswirtschaften in beachtenswerter Weise vertreten sind. Befremdend wirkte es, daß in dieser Abteilung unser ganzes umfangreiches Arbeiterbildungs- und Völkereiwesen nicht vertreten ist. Schuld daran trägt der Umstand, daß es die Veranstalter unterlassen haben, unsere Bildungszentrale zur Beteiligung an dieser Ausstellung einzuladen.

Goldfunde. „Daily Telegraph“ meldet aus Sydne, daß auf New Guinea in den Bergen hinter Salomoa 65 Meilen nordwestlich von Morobo am Puffalo-Flusse Gold gefunden worden ist. Die Beförderung zur Küste mache aber große Schwierigkeiten. Sie beanspruchen wegen des ungunstigen Geländes sieben bis acht Tage. Die erste Goldsendung ist in Sydney eingetroffen.

Erdbeben im Mittelländischen Meer.

Auch in Singapore.

Rom, 27. Juni. Gestern um 20 Uhr 50 Min. wurden in Sizilien zwei etwa 20 Sekunden währende heftige Erdstöße und eine kürzere Wiederholung verspürt. Das Beben scheint Isola zu sein mit einem Zentrum in beträchtlicher Tiefe. In der Bevölkerung entstand eine große Panik, es wurde jedoch kein Schaden angerichtet. Das Beben wurde in Messina, Syrakus und Catania bis an die italienische Küste verspürt. Bei Melilli ging dem Beben ein dumpfer Donner unter der Erde voraus, der die Leute ins Freie trieb. Auch hier wurde das Beben stark verspürt.

London, 28. Juni. (Reuter.) Heute um 10.28 Min. wurden in Singapore zwei 20 Minuten andauernde Erderstöße verspürt. Auch Meldungen von verschiedenen Orten am Mittelländischen Meer, wie Port Said, Rhodus und Aairo, sprechen von starken Erderstößen. Einige Häuser in Dörfern auf Rhodus stürzten ein und auch der Leuchtturm wurde zerstört. Das Messium auf der Insel Kreta wurde beschädigt.

Ausschub des Präsenzdienstes für Studierende. Studierende, denen der Ausschub des Präsenzdienstes bis zum 1. Oktober dieses Jahres bewilligt wurde, die aber ihre Studien bis zu diesem Zeitpunkt nicht vollenden, können um weiteren Ausschub bis zur Beendigung der Studien gemäß § 70/9 der W. V. ansuchen. Solche Gesuche müssen im Juli d. J. spätestens bis zum 1. August bei der heimatständigen politischen Bezirksbehörde I. Instanz überreicht werden. Später eingebrachte Gesuche werden abgewiesen, der Betreffende wird unbedingt zum Präsenzdienstanschlusse für den 1. Oktober 1926 einberufen werden. Als Beleg ist der Nachweis über die Studien im eben abgelaufenen Schul-(Studien-) Jahre beizulegen; ferner ist beizulegen auch der letzte Bescheid über den erhaltenen Präsenzdienstauschub und das militärische Ausweiskopie zwecks Berücksichtigung.

Das Ende der Budweiser Realschule. Bei den soeben beendeten letzten Reifeprüfungen an der Budweiser Staatsrealschule wurden 4 Kandidaten für reif mit Auszeichnung, die übrigen 7 männlichen und ein weiblicher Prüfling für reif befunden. Mit dieser Klasse hört die deutsche Staatsrealschule in Budweis zu bestehen auf. Eröffnet wurde sie am 1. November 1818.

Der gestohlene heilige Anton. An der von Altstadt bei Ung-Grabisch gegen Belgrad führenden Landstraße steht eine Kapelle, in der sich eingeklebt eine kleine Büste des hl. Anton befindet. Samstag nacht wurde das Glas der Kapelle von unbekanntem Dieben eingeschlagen und der hl. Anton davongetragen. Unter der dortigen Landesbevölkerung herrscht darüber große Aufregung. Wahrscheinlich fürchten sie, daß ihrem Heiligen ein Malheur zustossen könnte.

Das Brünner Postsekretariat. Die Vorarbeiten zur Aufnahme der Tätigkeit der Zweigstelle des Postsekretariats in Brünn sind bereits beendet. Gesuche um Eröffnung der Sekreterie bei der Zweigstelle des Postsekretariats in Brünn werden von nun an nur bei diesem Amte entgegengenommen.

Man lernt nie aus.

Vor 150 Jahren kamen in den Vereinigten Staaten auf eine Million Einwohner 247 Mörder, heute 112.

Die größte Bibliothek der Welt ist in Petersburg. Sie zählt 4,250.000 Bände.

In Europa finden alljährlich 3,5 Millionen Hochzeiten statt.

Bis vor kurzem hatten die Soldaten in China freien Eintritt ins Theater. Jetzt müssen sie volle Preise bezahlen.

In Amerika gibt es 14,5 Millionen Aktionäre; 1900 waren es nur 7 Millionen. Diese Aktionäre besitzen ein Vermögen von zusammen 70 Milliarden.

In New York leben 34.000 Künstler, die malen und bildhauern.

In Deutschland haben wir etwa 560 Theater, die pro Tag rund 8000 Mark Lantime abwerfen.

Die Italiener planten im Jahre 1870 den Bau eines neuen zweiten Rom, 15 Kilometer vom alten entfernt.

Die erste gedruckte Karte von Deutschland erschien im Jahre 1491.

Verbesserungen am Kristalldetektor.

Von R. Reuber.

Der Empfang mit einem gewöhnlichen Kristalldetektor verurteilt meist die ganz Familie zum Stillstehen, da oft geringe Erschütterungen die mühevoll eingestellte Nadel oder Metallspitze vom Kristall oder von dessen lautester Stelle abgleiten lassen, was natürlich einen Hornsausbruch des Radiomateurs hervorruft. Die Fortschritte auf dem Gebiete der Radiotechnik haben uns bereits in die Lage versetzt, die Methode des Abastens des Kristalles zu verlassen. Mit geringen Mitteln kann daher der Bassler seinen Detektor modernisieren und stoßfrei bauen. Wir wählen zur Lösung die Kombination Kristall auf Kristall und werden nicht nur besseren Empfang haben, sondern auch unsern schlechten Ruf als Tyrann der Familie verlieren.

Die Kosten sind nicht bedeutend, wir brauchen nur folgende Teile anzuschaffen: eine Dose, enthaltend ein Stückchen Tellur, ein Zinkkristall und ein kleines Stäbchen Woodmetall. (Alles in jeder besseren Radiohandlung bereits fertig gepackt erhältlich.) Weiter ein kleines Glasröhrchen, fünf Zentimeter lang, von einer solchen inneren Weite, daß ein runder Bleistift hineinpast, und etwa 20 Zentimeter Kupferdraht von einem halben Millimeter Stärke.

Wir nehmen zuerst den inneren Teil einer Rindhölzchenschachtel und röhren zwei Eckschlüssel Gips zu einem feinen Drei mit Wasser an. Diesen Drei gießen wir in die Schachtel und tauchen zwei, vorher geölte gleichgroße runde Bleistifte, die in das Glasröhrchen passen, etwa fünf Millimeter in den Gipsdrei ein und halten sie fest, bis der

Drei erhärtet. Ist die Masse fest, dann können wir leicht die Bleistifte herausziehen und haben zwei kleine Gußformen für die Einbettung der Kristalle. Nun lassen wir die Form mindestens 48 Stunden an einem warmen Orte ordentlich trocknen, dann legen wir beide Kristalle auf unsern Arbeitstisch, eine kleine Binzette dazu und schmelzen in einem kleinen Eisentöfel über einer Kerze oder Spirituslampe das Woodmetall. Fließt es, dann gießen wir in jedes Loch die Hälfte und tauchen mit der Binzette je ein Kristall so ein, daß es zwar an den Rändern etwas vom flüssigen Metall überpült wird, die Mitte jedoch frei bleibt. Nach wenigen Minuten ist die Fassung erkaltet und wir können die Gipsform brechen. Wir erhalten auf diese Weise zwei kleine Metallzylinder, welche an der einen Seite je einen Kristall einschließen. Nunmehr nehmen wir das Glasröhrchen und zwar ein Stück von etwa fünf Zentimeter Länge und führen die Zylinder so ein, daß die Kristalle sich begegnen und berühren. Es stoßen demnach in der Mitte der Glasröhre die beiden Kristalle zusammen. Um einen gewissen Druck zu erzeugen, nehmen wir zwei kleine Storklöpfel, welche zum Abschluß des Glasröhres geeignet sind, durchbohren sie und ziehen je etwa acht Zentimeter des oben erwähnten Kupferdrahtes durch. An der Außenseite eines jeden Storkes lassen wir den Draht etwa drei Zentimeter frei heraussehen, während wir die an der Innenseite verbleibenden etwa vier Zentimeter zu einer Spirale formen. Nunmehr führen wir die beiden Storkes so ein, daß die Spiralen in die Glasröhre kommen und die beiden Metallzylinder und somit auch die Kristalle leicht aneinander drücken. Die Einstellung ist so vorzunehmen, daß nur ein leichter Druck vorhanden ist und es kann dementsprechend eine oder beide Kupferdrahtspiralen gelöst werden. Die beiden Storkes schieben dann das Glasröhrchen taubdicht ab und verhindern auch das Eindringen von Feuchtigkeit.

Nunmehr ist unser Detektor fertig. Die beiden Kupferenden können wir an einen Doppelstecker oder an Bananen besteuigen und das ganze in den Empfänger einmontieren. Diese kleine Arbeit liefert uns einen stabilen, erschütterungsfreien, sehr laustarken Empfang. Mancher Amateur wird die kleine Mühe dieser Vorgehensart auf sich nehmen, um endlich von dem lästigen Abklippen des Kristalls befreit zu werden. Dieser Detektor ist stets empfangsbereit, bedarf keiner Wartung und selbst starke Stöße unterbrechen den Empfang nicht.

Kunst und Wissen.

Erste internationale Schauspielerkonferenz in Berlin.

In der Zeit vom 23. bis 26. Juni tagte in Berlin die erste internationale Schauspielerkonferenz, auf welcher 18 Nationen vertreten waren. Die Botschafter von Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Deutsch-Österreich, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Jugoslawien, Niederlande, Norwegen, Polen, Rußland, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakische Republik, Ungarn und Nordamerika nahmen an den Beratungen teil. Die Tschechoslowakische Republik war vertreten für den Bund der deutschen Bühnengestalten (Sig Bräun) durch den Präsidenten Leopold Kopyka, den Ehrenpräsidenten Willi Börsner, den Vizepräsidenten Karl Rauninger, den Sekretär Robert Schjöl, und Dr. Richard Freund; für die Organisation Tschechoslowakische heretwa durch Professor Munklinger. Zur Eröffnungsfest und bei den verschiedenen Festlichkeiten waren die Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden, der Stadt Berlin und der ausländischen diplomatischen Vertretungen erschienen. Aus den Begrüßungsansprachen konnte man das allgemein rege Interesse an der Tagung wahrnehmen, die zum ersten Male, solange Theater überhaupt bestehen, die Organisationen der Schauspieler der ganzen Welt zusammenführte, um über ihre sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu beraten und die künstlerischen Bestrebungen der einzelnen Nationen einander näher zu bringen.

Das Endergebnis der tagelangen Beratungen, in deren Verlauf ungemein interessante Referate über die Organisationsformen in den verschiedenen Staaten gehalten wurden, war die Gründung einer Internationalen Union sämtlicher Schauspielerverbände. In ihr vereinigten sich alle auf der Konferenz vertretenen Organisationen; nur die Russen lehnten den Eintritt ab, weil ihr Antrag, die Union auf die Grundlage des Klassenkampfes zu stellen, nicht angenommen wurde. Jedoch erklärten die russischen Vertreter, daß sie dessen ungeachtet mit der Union in freundschaftlicher Fühlung bleiben wollten. Interessant ist, daß für diesen Antrag der Russer der deutsche und der tschechische Vertreter der tschechoslowakischen Organisationen und die Vertreter Deutsch-Österreichs, der Niederlande, Polens und natürlich Rußlands (6 Stimmen) gestimmt haben.

Allgemein anerkannt wurde auf der Konferenz, daß die Organisationen Deutsch-Österreichs, Deutschlands und der Tschechoslowakei am schlagträchtigsten ausgebaut sind und am wirkungsvollsten gearbeitet haben.

Neben der unabweisbaren Bedeutung dieser Union für die wirtschaftlichen und sozialen Existenzkämpfe der Schauspieler verdient diese Vereinigung allgemeines Interesse wegen des großen Einflusses, den die auf die Entwicklung und Weitergestaltung der Bühnenkunst und dadurch natürlich auf die kulturelle Entwicklung überhaupt nehmen wird. Aus diesen Gründen ist zu hoffen, daß der Arbeit der internationalen Union recht reicher Erfolg beschieden sein möge.

Brager Filmbörse.

Wir haben erst unlängst bei der Besprechung des Filmes „Der Seitenprung ins Glück“ Gelegenheit gehabt festzustellen, daß der deutsche Film langsam, aber sicher verflacht, was die Iris mit ihrem neuen Henry Forten-Film vollaus bestätigt. Henry Forten gehört unbestritten zu Deutschlands größten Schauspielerinnen, die man nur ungern im Film missen möchte, aber man kann sich unmöglich über die Tatsache hinwegsetzen, daß sie in Stücken spielt, die ohne ihre allgemeine Beliebtheit einfach als unmöglich zu bezeichnen wären. Dazu gehören auch „Die Rosen aus dem Süden“. Eine verwitwete Fabrikantin sucht nach einem Kind, will aber das Mutterglück nicht mit einem Mann teilen und gibt sich daher während einer Wintertour in den Alpen einem wildfremden Menschen hin, dem sie kurz vorher das Leben gerettet hat; der ganze Film dreht sich nun darum, daß sie nach der üblichen Ziererei den Vater ihres Kindes dennoch heiratet. Daß diese alberne Geschichte durch die bemerkenswerten Leistungen der Hauptdarsteller (Henry Forten und Angelo Ferrati), die wirklich ein gediegenes und natürliches Spiel zeigen, genießbar gemacht wird, ändert nichts an der Tatsache, daß der Film nicht als „nach und nach“ ist. — Jehtlich ebensolch schwach ist der französische Film „Jocaste“ nach dem gleichnamigen Roman von Anatol France, ein Stück, das vielleicht der Materialität der innerlich verkauften Vergewaltigung entsprechen mag, aber einem natürlich fühlenden Menschen unverständlich bleibt. Der Untertitel heißt „Der Leidensweg einer verlassenen Frau“. Es sieht dafür, kurz zu skizzieren, wie sich manche Leute einen „Leidensweg“ vorstellen. Ein junges Mädchen (Sandra Misovanova) verkauft sich an einen verarmenden, aber kränklichen und alten Herrn, indem sie ihn heiratet. Der Mann hat einen schurkischen Diener bei sich, der es auf das Leben seines Herrn abgesehen hat und ihn daher

tropfenweise vergiftet. Als die „arme“ Frau eines Tages plötzlich darauf kommt, hindert sie diesen rohen Meuchelmörder nicht und läßt ihren Gatten ohne weiteres umbringen. Nachher, aus Angst vor Entdeckung, geht sie hin und erhängt sich; dieser Schluß ist das einzig Menschliche an dem Stück und kann den Zuschauer so halbwegs über die dumme Handlung hinwegtäuschen. Das Stück wäre ein Prachtfilm geworden, hätte man versucht, vom medizinischen Standpunkt ein hysterisches Frauenzimmer zu zeichnen: diesen Eindruck gewinnt der unbefangene Zuschauer, der von der Erbhabenheit des Namens Anatol France nicht befangen ist. — Eine gute Sache ist dagegen der tschechische Film „Die Brager Kriegsgeheimnisse“ nach dem Roman von Vadkinec Rehot (Senator Vraný). Nach dem Ocean-Film „Die falsche Kage“ ist er das zweite Stück, das volle Beachtung verdient, denn es ist trotz seines heiklen Inhaltes auch für einen Nicht-Tschechen sehenswert. Der Film beschäftigt sich nämlich mit dem schon am Anfang des Weltkrieges eingeleiteten Kampf gegen Österreich um die politische Befreiung der Tschechen und dieser an und für sich ziemlich lebendige Stoff ist im Rahmen einer neuen Handlung gezeichnet. Dem Stück würde eine strafere Führung der Souphondierung sehr zugute kommen, denn so ist es an manchen Stellen ganz unnötig breitgetreten. Sehr gute schauspielerische Leistungen zeigt J. W. Speeberger, der sich immer nachhaltiger zur Geltung bringt, Jermila Vackova und Mary Janova, die mondmal ein packendes Spiel zeigen. Besonders zu unterstreichen sind die klaren, wunderschönen Aufnahmen in freier Natur, wie man sie in einem hiesigen Film noch überhaupt nie, in einem fremden nur selten zu sehen bekommt; schon ihrerwegen wäre der Film sehenswert.

Unter sehenswerten Filmen bringt auch die Frauamet, darunter „Das Abenteuer des Lord Jim“ (Der weiße Lord) nach dem Roman von Joseph Conrad, der in einfachen, aber mächtig ergreifenden Zügen das tragische Lebensschicksal eines Seemannes zeichnet, der einmal aus beargwöhnlicher

menschlicher Schwäche seine Pflicht vergessen hat und dieses Vergehen später bei einer ähnlichen Gelegenheit mit seinem Tode büßt. Die exotische Umgebung, in der die Handlung spielt, das ungezwungene Spiel der Hauptdarsteller und die natürliche Fabel, die von starker Dramatik getrieben ist, ohne mit schalen Sensationen zu arbeiten, stampeln den Film zu einem Stück, das allgemein lebhaften Anklang finden wird. Für ähnliche Filme werden wir den Amerikanern (Paramount) immer dankbar sein, denn ihre Routine und ihre technischen Errungenschaften, die sie meist raffiniert anzuwenden verstehen, zeigen sich hier im besten Lichte. Ebenfalls ein Paramount-Ergebnis ist der Film „Das Nachtleben von New York“, eine nette Geschichte von einem ungarischen Sohn (Rod La Roque), der von seinem Vater nach New York geschickt wird, damit er dort von einer bezahlten Lebendame in irgendein Mißgeschick gebracht wird, das ihm die Großstadt ein für allemal verleiden würde. Er wird aber gegen seinen Willen in eine eruste Diebstehgeschichte hereingezogen, aus der ihm nur der Gehmut einer kleinen Telephonistin (Dorothy Gish) hilft, deren Bruder eigentlich der richtige Täter war. Der Vortrag ist recht unaufdringlich und Rod La Roque eine fesselnde Erscheinung, die man sich immer gerne ansieht, besonders in einem so klotten Spielfilm, der auch den ersten Zuschauer befriedigt. — Eines der üblichen amerikanischen Grottel-Lustspiele ist der First National-Film „Auf der Wanderschaft“ mit Harry Langdon in der Hauptrolle, der scheinbar keinen berühmten Kollegen Chaplin zu kopieren versucht. Der Inhalt ist einfach: ein ungeschickter junger Mann gewinnt den ersten Preis — Geld und dazu nach üblicher Sitte auch gleichzeitig das geliebte Mädchen — in einem Wettschein quer durch Amerika, wobei natürlich ganz haarsträubende Sachen geschehen, die man sich schmunzelnd ansehen kann.

G. W. Schimbera.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

„Die Gefangene.“

Gastspiel des Hofopéra Reinhardt-Ensembles.

Ein Stück vom verbotenen Gros. Verboten von derselben Gesellschaft, auf deren Boden er am besten wächst. Und weil sie ihren Auswuchs nicht gerne im Spiegel sieht, verbietet sie (wie beispielsweise in Budapest) gerne auch die Darstellung auf der Bühne. Nord ist verboten. Doch niemand verbot jemals den Nord auf der Bühne (es sei denn den Tyannemord). Aber die lesbische Liebe! Da paßt sie das Grausen vor sich selbst, so sehr fühlen sie sich selbst dort schuldig, wo doch auch nur rein menschliche Verzerrung, Laune der Natur, im Hintergrund stehen kann. Beides, Stillsitz bürgerlicher Fäulnis und krankhafte Störung säßen einem aus dem nicht ganz klar gezeichneten Schauspiel des Franzosen Bourdet entgegen, das sich gestern im Prager deutschen Theater unbehindert abwickelte. Eine junge Dame aus vornehmsten Kreisen wird die Gefangene einer Lesbiere, die selber die Szene nie betritt. Vergessens sucht einer, der jene mit gesunden Sinnen liebt, sich den Weg zu ihr zu bahnen. Er gibt den Kampf, den er leicht gewinnen könnte, da die Fremde mit aller Kraft zurückweicht, auf und stößt sie so für ewig in das Gefängnis zurück, das sie fürchtet, dessen Dunkel aber für sie fast unüberwindliche Anziehungskraft hat. Man hat stark das Gefühl, daß der geschickte Autor weniger mit dem Problem rang, als das Interesse, das für es vorhanden ist, auszunutzen wollte. Um das Stück, das ausgezeichnet exponiert ist, noch zwei weitere, volle Akte am Leben zu erhalten, scheut der Verfasser vor Unlogischem und Gefünsteltem nicht zurück. So geben die Hauptpersonen einander die Fürtulle förmlich in die Hand, damit nur im zweiten Akt alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, und wo die Kraft zur Tragik nicht reicht, hilft sich Bourdet mit Lustspielen. Das alles ist nicht sehr bedeutend und wird zum Theaterereignis nur durch die hervorragende Darstellung der Wiener Künstler, vor allem Helene Thimig's, die die Qualen der unfreiwilligen Homosexuellen erschütternd zum Ausdruck bringt. Weniger überzeugend im Tragischen, aber beglückend im Lustspielmäßigen ist Hermann Thimig, ihr Widerpart. Zwei Kabinettleistungen der Vater des Herrn Aainer und Herr Delius, der Ehegatte des lesbischen Dämons. Lotte Frank-Melky zeigt schon als epische Naive alle Ansätze zu einer der Familientradition würdigen Künstlerin. — Der Beifall des vollen Hauses war stark, galt aber wohl weniger dem Stück als den Darstellern.

Ein Wort der Kritik ist diesmal über den Theaterzettel notwendig, der in geschmackloser und eines Kulturinstitutes unwürdiger Weise auch darüber Auskunft gibt, aus welchem Modellhaus die Darstellerinnen ihre Toiletten bezogen, in welchem Outfit sie ihre Hüften verpackten und bei welcher Firma Herr Delius seinen Anzug nähren ließ. Sollten ein paar Alt- oder Neureiche wirklich auf solche inserierte Wink Wert legen — alle anderen, und nicht nur jene, die ganz andere als Modestoffen haben, werden sich wohl gleich uns gegen solche Abergeschäfte mit der Kunst verhalten. L. G.

Frau Hanna Waska mußte infolge plötzlicher Erkrankung ihr Gastspiel in „Bohème“ und „Tosca“ abgeben. Infolgedessen singt die Mimi Klara Kwarin, die Tosca Elisabeth Dellus.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Dienstag um halb 8 Uhr abends „Die Gefangene“, Mittwoch 7 1/2 Uhr „Die Entführung aus dem Serail“, Donnerstag 7 1/2 Uhr „La Bohème“, Freitag „Der Weg“, — „Violanta“, Samstag 7 1/2 Uhr „Tosca“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Dienstag „Der dreizehnte Stuhl“, Mittwoch „Der wahre Jakob“, Donnerstag „Der Kreidekreis“, Freitag „Clay und Bibi“, Samstag „Theodor & Cie.“, Sonntag „Theodor & Cie.“.

Volkswirtschaft.

Internationale Arbeitskonferenz.

Der Schutz der Seeleute.

Die neunte Arbeitskonferenz ist am Donnerstag mittag beendet worden. Ihr Ergebnis besteht in der Annahme von zwei Abkommen: 1. über den Seevertrag und 2. über die Rückbeförderung der Seeleute, sowie zwei Gesetzentwürfe: 1. über die Rückbeförderung der Kapitäne und Schiffsjungen und 2. über die allgemeinen Grundzüge für die Organisation der Arbeitsaufsichtsinstitution. Dann wurden noch einige Entschließungen angenommen. Abgelehnt wurde der Konventionentwurf über die Disziplinarstrafen und strafrechtlichen Bestimmungen für Seeleute. Die Arbeiterdelegierten vertraten bei der letzten Abstimmung den Standpunkt, daß der Gesetzentwurf fast nichts bietet und es besser sei, ihn zu verwerfen, um dahin zu wirken, daß die Frage nochmals in Konventionsform zur Behandlung gebracht wird. Der sozialpolitische Wert der neu geschaffenen Konventionen ist nicht sehr groß. Die neuen Konventionen gehen kaum über die Festlegung einer Reihe allgemeiner Grundzüge hinaus, deren Anwendung in allen wichtigen Fragen der Beschäftigung der Länder überlassen wurde. Außerdem ist in den Vorlagen so ziemlich nichts enthalten, was die Länder mit bedeutender Hochseefischerei und neuen Seemannsordnungen nicht bereits gesetzlich festgelegt haben. Darum ließen auch die Arbeitergruppen bei den Schlußreden durch ihre Vertreter erklären, daß die Arbeitnehmer von der Verschlechterung der Vorlagen des Arbeitsamtes durch die Beratungen in den Kommissionen und Plenarsitzungen der Konferenz sehr enttäuscht seien und ihre letzte Hoffnung, die Verhältnisse der Seeleute mit der Zeit zu verbessern, in der Stärkung der eigenen Organisation in den einzelnen Ländern und ihrer Kräfte internationaler Zusammenfassung liege.

gebung der Länder überlassen wurde. Außerdem ist in den Vorlagen so ziemlich nichts enthalten, was die Länder mit bedeutender Hochseefischerei und neuen Seemannsordnungen nicht bereits gesetzlich festgelegt haben. Darum ließen auch die Arbeitergruppen bei den Schlußreden durch ihre Vertreter erklären, daß die Arbeitnehmer von der Verschlechterung der Vorlagen des Arbeitsamtes durch die Beratungen in den Kommissionen und Plenarsitzungen der Konferenz sehr enttäuscht seien und ihre letzte Hoffnung, die Verhältnisse der Seeleute mit der Zeit zu verbessern, in der Stärkung der eigenen Organisation in den einzelnen Ländern und ihrer Kräfte internationaler Zusammenfassung liege.

Turnen und Sport.

Die Aufgaben der Zentrale der Sozialistischen Körpererziehungsorganisationen.

Innerhalb der Arbeiterschaft ist der Gedanke einer Zusammenlegung aller Kulturorganisationen zu einem großen starken Kulturverband schon öfters erwogen und gefordert worden. Dennoch kann die Zusammenlegung, so wünschenswert sie auch ist, nicht plötzlich, sondern nur schrittweise kommen. Zum Teil behindert die leidige Personenfrage jede derartige Unternehmung, entscheidend wirkt aber das verschiedene, vielseitig gearbeitete Bestreben der einzelnen Organisationszweige. Der Gedanke, die sogenannte „vierte Säule“ der Arbeiterbewegung zur Tat werden zu lassen, wird erst dann in ein richtig diskutierbares Stadium treten, bis der Wert des Zusammenschlusses von allen Kulturorganisationen vollständig erkannt sein wird.

Nichtsdestoweniger wurde dem Gedanken bereits vorgearbeitet durch die am 14. Februar 1926 gegründete Zentralkommission der Körperkulturverbände. Der Anfang des Zusammenenschlusses ist also bereits gegeben. Die Durchführbarkeit der Gründung eines zentralen Verbandes wurde durch die öftmalige Gleichartigkeit der in der jetzigen Zentralkommission eingeschlossener Verbände erleichtert. Wohl besitzt jeder Verband auch weiterhin seine autonomen Rechte, doch wird bei künftigen Verbandstreffen aus Gründen der Solidarität zu den anderen Verbänden schon ein gewisses Arbeiten „für alle“ berücksichtigt werden müssen. Der Zusammenschluß ist aber auch aus moralischen Gründen begrundenswert. In einer Zeit, wo die politische Zerstörung der Arbeiterschaft der sich breitmachenden Reaktion keinen geschlossenen Widerstand entgegen setzen kann, wo die nationalen Leidenschaften in Gärung gehalten werden, gingen deutsche und tschechische Arbeiterturner- und Sportler, Rodfahrer- und Naturfreunde zusammen, um durch die Tat zu beweisen, daß ein Zusammenschluß des Proletariates wieder kommen muß. So wie die Kulturorganisationen nur durch ihr Zusammenstreben für ihre Ziele erfolgreicher wirken können, so wird es auch bei den politischen Parteien über kurz oder lang die Not der Zeit erfordern, daß sie wieder zu einem ganzen Körper zusammenkommen müssen.

Es wird nun die Frage aufgeworfen werden, was für Aufgaben hat die Zentralkommission zu erfüllen? Hier sei in erster Linie auf das erzieherische Moment verwiesen. Der Geist der Zusammengehörigkeit, der Gedanke der Solidarität, wird stets im Vordergrund der ersten Lebensetappe stehen. Die durch die Gründung der Roten Sportinternationale hervorgerufene Kampfstellung jener in der Luzerner Sportinternationale eingegliederten Verbände läßt es begreiflich erscheinen, daß hier der Aufklärer und der Prager Arbeiterturnverband trenn zu einander stehen. Darum wird auch der Gedanke der Zusammengehörigkeit mit den anderen Organisationen, die nicht Luzern angehören, vorderhand als oberste Tugend der Zentralleitung betrachtet werden. Sind ja Störungsversuche durch die kommunistische Föderation fortwährend auf der Tagesordnung, so daß schließlich die Zentrale auch hierzu Zwirnd einmal Stellung nehmen müssen.

Die Zentrale ist aber auch als ein Gegenpol gegen die bürgerlichen Zentralstellen zu betrachten. Beinahe kann behauptet werden, daß die Arbeiter in dieser Beziehung etwas zu spät gekommen sind. Die Sonderstellung, die heute die bürgerlichen Zentralstellen einnehmen, werden aufhören müssen. Auch die Arbeiterverbände werden im gleichen Maße durch die Behörden zu berücksichtigen sein. Wenn heute Arbeiterpartei zu behördlich unterstützten Unternehmungen zugezogen wurden, so nur aus dem Grunde, weil man die Forderungen der starken Turnverbände nicht so ohne weiteres ablehnen konnte. Heute wird man auf die 120.000 Mitglieder, zu denen außerdem noch 42.000 Kinder gehören, schon so viel Rücksicht nehmen müssen, daß die Begünstigungen, die bisher den Bürgerlichen gewährt wurden, auch den Arbeitern zugute kommen.

In diesem Kapitel sind aber einige Punkte inbegriffen, die einer näheren Erläuterung bedürfen. Alle Arbeitervereine leiden heute unter der hohen Besteuerung von Sportveranstaltungen und Sportgeräten. Die Regierung kennt keinen Unterschied zwi-

DRUCK- u. VERLAGSANSTALT

Gesellschaft m. beschr. Haft. empfiehlt sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Drucksorten wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliedbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugzetteln, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHÖNAU Tschiergasse Nr. 6.

Aus der Partei.

Jugendbewegung.

S. J. Prag. Der für Mittwoch, den 30. Juni, angelegte Vortragabend entfällt. Alle Jugendgenossinnen und Genossen beteiligen sich an der Protektorenversammlung der Partei.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

sehen den Profivereinen und jenen, die Leibesübungen aus erzieherischen und gesundheitslichen Gründen pflegen. Dennoch ist diese Steuerbelastung unseren Vereinen eine Qual, da sie deren Bestrebungen oftmals unterbindet. Die Vereine greifen doch nur deshalb zu Veranfallungen, weil sie Geldmittel zu einer noch besseren Betätigung nötig haben. Viele Tausende Kronen erhält der Staat durch die Vereine, also Mittel, die bei den Vereinen sicher besser angewendet würden. Und die Gegenleistung? Um die Subventionierung der Vereine durch staatliche Hilfe schau es gar nicht gut aus, Monatslang harren die Ansuchen der Erledigung, wenn sie überhaupt erledigt werden. Hier hat also die Zentrale bereits ein Gebiet zur Betätigung. Nicht Laien, sondern Leute von Fach mit Verständnis für die Bedürfnisse der Vereine müssen an den verantwortungsvollen Stellen sein. Hier bei den Behörden einzuwirken, ist eine Aufgabe der Zentrale.

Eine weitere Beachtung erfordert auch die Regelung der Grenzübertreite ins Ausland. Der Sport ist an eine gewisse internationale Betätigung gebunden, doch stellen sich unseren Vereinen bei Reisen ins Ausland stets Hindernisse durch die Behörden entgegen. Leute, die ein Auto oder ein Motorrad besitzen, verkehren ungeniert über die Grenze, während die Arbeitertrabfahrer alle möglichen Schikanen bereitet werden. Ähnlich ist es bei den Wandervereinen, den „Naturfreunden“, die gleichfalls bei ihren Wandertouren die Furchel der Grenzorgane spüren. Also auch hier muß die Zentrale auf Abhilfe sinnen und wir sind überzeugt, daß vieles erreicht werden wird.

Ferner gehört zum Aufgabenkreis der Zentrale auch die Abhaltung von Kursen theoretischer und praktischer Natur, unter Hinzuziehung von Ärzten. Der Ausbau des Gesundheitsdienstes, der auch in den Schulen einzuführen ist, wird ebenfalls mit Aufmerksamkeit verfolgt werden.

Wichtig für die Zentralleitung wird auch die Schaffung einer Nachrichtenvermittlung zu und von der Zentrale sein. Hier wird bald die Zentrale zur Herausgabe eines Nachrichtenorgans für die Funktionäre schreiten müssen. Denn die heutige Form der Kartellierung wird nicht nur durch die Verbände allein zu halten sein, es werden sich auch Unterabteilungen in Kreisen und Bezirken bilden müssen. Dann wird ein Nachrichtenblatt kaum fehlen dürfen. Auch für eine gründlichere Berichterstattung der Verbändeleitungen, sowie der politischen Tagesblätter muß Sorge getragen werden.

Bibliotheken

für Organisationen, Vereine, Gemeinden, Gewerkschaften, Schulen usw. werden zweckentsprechend zusammengestellt, sowie ergänzt.

Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad.

Lachen Links! Das neue deutsche Witzblatt erscheint wöchentlich. Jede Nummer 28 s. 10. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Sattler & Co. Teplitz-Schönau, Theresienstraße 18-20.

Die Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art Literatur. Alle nicht lagernden oder wo immer angeforderten Bücher und Zeitschriften werden raschest geliefert.

30jährige Erfahrung lehrt, daß die amerikanische Schreibmaschine Smith Premier 60 das Höchste an Dauerhaftigkeit, erstklassigem Material und schönster Schrift verbürgt. Rechnende Schreibmaschine: „SMITH PREMIER ACCOUNTING“ L. & G. Halphen Prag, Mikuláskva tr. 22a. Telefon 2142. Rechenmaschine: Brunsviga, Mercedes. Additionsmaschine: Dalton.

Noch kann über die Leistungsfähigkeit der Zentralstelle kein Urteil gefällt werden, die Zeit ihres Bestehens ist viel zu kurz. Wir sind aber der festen Ueberzeugung, daß sich bald eine Fortwärtsbewegung zeigen wird, die durch die Tätigkeit der Zentrale hervorgerufen wurde. Die Tätigkeit wird aber auch bestimmend sein für die anderen Kulturorganisationen, die heute noch nicht der Zentralstelle angehören, sich anzuschließen. Mögen alle Genossen hier mithelfen, den Weg zu ebnen, damit die Zentralstelle eine wirkliche Zentrale der Kultur des Proletariats in der Tschechoslowakischen Republik werde.

Sparta-Viktoria Zizkow 5 : 4 (4 : 3).

4. Spiel um den Pokal der Affociation. — Ein reguläres Tor der Zizkover nicht anerkannt. — 12.000 Zuschauer.

Die Sparta lag nach 30 Minuten Spiel bereits 4 : 0 in Führung, die sie den ausgezeichneten Leistungen ihrer Halbfreie Kada, Kolenabn, Carban und vor allem — der Schwäche des Viktoriatormannes zu verdanken hatte. Viktoria kommt trotzdem in der Folgezeit stark auf und hol: 3 Tore nach. Ein 4. Tor, das das Ergebnis unentschieden gehalten hätte, — der Sportgoalmann hielt den Ball hinter der Torlinie — wurde vom Schiedsrichter Herrn Kubik (Radno) nicht anerkannt. In der 2. Halbzeit erzielten Polozek für die Sparta das 5. und Medima für die Viktoria das 4. Tor.

Sonstiger Fußball. Slavia Prag in Prahburg vom S. R. Bratislava 3 : 4 geschlagen. Slavia war übermüdet und zeigte nur schwache Leistungen. — D. F. C. Amateure—Cedie 8 5 : 1. Sicherer Sieg der Amateure. Sportbrüder Prag komb. gegen Union 7 3 : 8. Sportbrüder besser als das Resultat belagt. Der Tormann von Union 7 in ausgezeichnete Form.

Fußball in der Provinz. Teplitz: TSK. 03 gegen VSK. Brkovic 4 : 4. — Brüx: DSK. Brüx gegen Sp. P. Teilschen-Brdenbach 3 : 2. Schwache Brüx gegen Union Zizkov komb. 3 : 1. — Komoran: DSK. Komoran gegen DSK. Wsch 9 : 2. — Turn: Karlsbader SK. gegen Turner SK. 5 : 1.

Wiener Fußball. Hakoeh gegen MIA. Budapest 1 : 1. Rapid gegen FC. Budapest 3 : 2. Vienna gegen Slavan 1 : 0.

Leider machen Leute



Es ist falsch, nur von der äußeren Aufmachung eines Menschen auf seinen inneren Wert zu schließen. Immerhin liegt ein Körnchen Wahrheit in jedem Sprichwort! Sind Sie nicht schon häufig günstig oder ungünstig von der äußeren Erscheinung des Nächsten beeinflusst worden? Wirkt nicht z. B. dessen schliefgetreter Absatz häßlich und abstoßend und übertragen Sie diese Empfindung nicht bewußt oder unbewußt auf den Menschen selbst?

Tragen Sie keine Schuhe ohne BERSON-Gummiabsätze. Sie bewahren hiedurch Ihr Schuhwerk vor vorzeitigem Verfall und sich selbst vor abfälliger Kritik Ihrer Mitmenschen — BERSON sind durch die unübertreffliche Haltbarkeit gegenüber Lederabsätzen eine notwendige Ergänzung für Ihre Schuhe.



Lassen Sie sich nicht täuschen und nehmen Sie nur „BERSON 750“

Berson 750